



**Berichte
vom 9. Weltkongress
des Komitees für eine
Arbeiterinternationale (CWI)**



Einleitung

Im Januar 2007 kamen in Belgien Delegierte und Gäste aus 28 Ländern zum 9. Weltkongress des Komitees für eine Arbeiterinternationale zusammen. Vertreten waren Delegierte und CWI-Mitglieder aus Australien, Sri Lanka, Pakistan, Indien, Nigeria, Südafrika, Griechenland, Zypern, Italien, Portugal, Frankreich, Tschechien, Polen, Deutschland, Österreich, Belgien, den Niederlanden, England und Wales, Schottland, Nord- und Südirland, Schweden, Russland, Kasachstan, USA, Venezuela, Chile und Brasili-

en. Der Delegierte aus Kaschmir konnte nicht teilnehmen, weil ihm ein Visum für Europa verweigert wurde. Gäste waren von der Sozialistischen Partei Malaysias und Gruppe Controcorrente - Sinistra PRC aus Italien anwesend. Der Kongress diskutierte eine Woche lang Analysen, Positionen und die praktische Arbeit des CWI und verabschiedete verschiedene Dokumente. In dieser Broschüre veröffentlichen wir Berichte von den Diskussionen auf dem Weltkongress.

Inhaltsverzeichnis

Perspektiven für die Weltwirtschaft und China	2
US-Imperialismus gerät an seine Grenzen	7
Europa: Unzufriedenheit wächst	10
Lateinamerika auf dem Weg zum Sozialismus?	13
Sri Lanka: Auf dem Weg zum Bürgerkrieg	20
Neue Arbeiterparteien international und die Haltung von MarxistInnen	26
CWI: Sozialismus ist international oder er ist nichts - über den Aufbau des CWI	32

Impressum

herausgegeben von der Sozialistischen Alternative - SAV, Juni 2007

Sozialistische Alternative - SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin

Telefon: (030) 24 72 38 02 -Fax: (030) 24 72 38 04

info@sav-online.de – www.sozialismus.info

Satz und Umschlaggestaltung: Holger Dröge, Berlin

Eigendruck im Selbstverlag

Perspektiven für die Weltwirtschaft und China

Die ersten beiden Tage des insgesamt acht Tage dauernden Kongresses beschäftigten sich mit „Weltbeziehungen“. Ein wichtiger Bestandteil dieser Diskussion waren der kapitalistische Konjunkturaufschwung, die Aussichten für die Weltwirtschaft und die Frage einer internationalen Rezession. Zudem gab es eine Debatte über die Bedeutung Chinas für die globale Ökonomie, die Entwicklungen in diesem mit 1,3 Milliarden Menschen bevölkerungsreichsten Land auf dem Planeten und die Frage vom Klassencharakter des chinesischen Staates.

von Aron Amm

Eine Woche nach dem Weltkongress des CWI fand ein weiteres internationales Treffen in gänzlich antagonistischer Zusammensetzung statt: „Noch nie hat es Davoser Topökonominnen und andere hier so stark und akut beschäftigt, ob nicht die Globalisierung am Ende doch gefährlich viele Verlierer produziert. Und ob es dauerhaft tragbar ist, wenn womöglich nur die Bessergestellten von den weltweiten Wirtschaftsfortschritten etwas Zählbares abbekommen und die Kluft immer größer wird“ (Financial Times Deutschland vom 26. Januar). Laut dem chinesischen Wirtschaftspolitiker Zhu Min ist die Einkommenskluft „in den USA mittlerweile wieder so groß wie 1913, als die reichsten ein Prozent der Amerikaner 45 Prozent der Einkommen hatten. In den sechziger Jahren sei die Quote auf 28 Prozent gefallen. [...] So ähnlich sagt das Larry Summers.

Oder Laura Tyson. Oder Nouriel Roubini. Selbst der Chefökonom der Investmentbank Morgan Stanley, Stephen Roach, hält irgendwie sorgenvoll fest, dass der Anteil des Faktors Arbeit an den Nationaleinkommen auf historische Tiefs gefallen ist.“ An dieser Stelle weist die FTD auf folgenden Umstand hin: „Zur Erinnerung – Die Zitate kommen vom Davoser Weltwirtschaftsforum.“

Eine Woche zuvor hatte das internationale Treffen von SozialistInnen von allen Kontinenten herausgestellt, dass die dramatisch veränderte Lohnquote (also der Anteil der Löhne am Volkseinkommen) und die gewaltigen Kürzungen bei den Sozialausgaben keine „traurigen Begleiterscheinungen des Booms“ sind. Vielmehr handelt es sich dabei um die logische Erklärung für die Rekordprofite und den Umfang des gegenwärtigen Konjunkturaufschwungs.

Gefahr einer Weltwirtschaftskrise

Peter Taaffe vom Internationalen Sekretariat (IS), der das Eröffnungsreferat hielt, unterstrich, dass die Kapitalistenklassen weltweit augenblicklich uneins darüber sind, ob es zu einem baldigen, abrupten Ende des Aufschwungs kommen wird oder ob ein in historischen Maßstäben betrachtet überdurchschnittlich lang anhaltender Aufschwungszyklus zu erwarten ist.

Die TeilnehmerInnen des Kongresses waren sich darin einig, dass sich die Dauer des Wirtschaftswachstums nicht prognostizieren lässt. Eine Verlängerung des

2001/2002 begonnenen Konjunkturaufschwungs um ein, zwei oder sogar drei Jahre kann nicht ausgeschlossen werden. Das würde allerdings eine besonders tiefe internationale Krise um so wahrscheinlicher machen.

IS-Mitglied Lynn Walsh betonte im Schlusswort, dass sich die Krisenanzeichen mehren, die auf ein baldigeres Ende des Aufschwungs schließen lassen könnten. Bereits im vergangenen Jahr hat die US-Wirtschaft, die Herzkammer der Weltwirtschaft, deutlich an Kraft verloren. Neben der Abschwächung der Wachstumsraten im Verlauf des Jahres 2006 platzte auch die Immobilienblase. Zwischen 1999 und 2006 waren die Eigenheimpreise um 130 Prozent hochgeschwungen und hatten dem Konsum zusätzliche Nahrung gegeben.

Der Einbruch bei den Immobilienpreisen wird aller Wahrscheinlichkeit nach einen Rückgang beim Konsum zur Folge haben. Die Rücklagen der privaten Haushalte befinden sich in den Vereinigten Staaten auf dem tiefsten Stand seit 1933. Viele Arbeiterfamilien haben in den letzten Jahren über ihre Verhältnisse gelebt und sich verschuldet. Die Niederlage im Vietnam-Krieg vor dreißig Jahren hatte seinerzeit eine schwere Dollar-Krise nach sich gezogen. Es ist davon auszugehen, dass sich die in jüngster Zeit bereits eingesetzte Abschwächung des Dollars weiter fortsetzen wird. Damit verschlechtern sich die Exportaussichten für europäische und asiatische Staaten.

Der Rückgang des Ölpreises ist sicherlich nicht allein mit den in diesem Winter bisher überdurchschnittlich warmen Temperaturen zu erklären, sondern könnte auch ein weiteres Indiz für eine Abschwächung

der globalen Nachfrage sein. Dazu kommt die Absenkung einer Reihe wichtiger Rohstoffpreise (seit Mai 2006 um 20 Prozent).

Krisenpotenziale

Es sind aber nicht nur die Anzeichen für ein allmählich nahendes Ende des derzeitigen Konjunkturaufschwungs, welche einem weitsichtigeren Teil der bürgerlichen Ökonomen Sorgenfalten auf die Stirn treiben, sondern auch die darüber hinaus existierenden bedrohlichen Krisenpotenziale in der Weltwirtschaft. Tätigkeiten auf den internationalen Finanzmärkten, vor allem spekulative Unternehmungen, haben erheblich an Gewicht gewonnen – da ein „Überschuss“ an Kapital besteht, der aufgrund des Niedergangs des Kapitalismus nicht produktiv angelegt werden kann.

Die Hedge Fonds haben ein Volumen von nunmehr astronomisch hohen eine Billion US-Dollar. Fusionen und Übernahmen grassieren allerorten. Immobilienblasen haben nicht nur in den USA, sondern auch in Großbritannien, Spanien und anderen Ländern den Konsum auf extrem fragiler Basis angeheizt.

Der Wert von Krediten, Anleihen und Wertpapieren beläuft sich heute auf die Summe von 140 Billionen US-Dollar (beinahe das Dreifache des globalen jährlichen Sozialprodukts). Schreibt man die gegenwärtigen Entwicklungen fort, wären es im Jahr 2010 200 Billionen Dollar.

Ein Finanzkrach ist jederzeit vorstellbar. Sollte ein solcher von größerem Umfang sein, oder eine Kettenreaktion auslösen, ließe sich eine international erfolgreiche Rettungsaktion nicht ohne weiteres bewerkstelligen.

Neben den möglichen finanzpolitischen

Krisenherden bleibt das Leistungsbilanzdefizit der USA – in der vergangenen Phase Grundlage für die Länge des internationalen Aufschwungs – die zentrale Achillesferse. Die USA schulden dem Rest der Welt heute schon 2,7 Billionen Dollar. Eine Größenordnung, die nicht längerfristig zu halten ist.

Kein „Rettungsanker“ in Sicht

Sollte eine Wirtschafts- und, oder Finanzkrise ausgehend von den USA ihren Lauf nehmen, sollten die Wogen hochgehen, der Tanker Weltwirtschaft ins Trudeln geraten und Schiffbruch drohen, dann gäbe es keinen Rettungsanker, um dieses Szenario zu vereiteln. Die EU-Wirtschaft dümpelt selber mit niedrigen Wachstumsraten vor sich hin. Frankreichs Wirtschaft stagnierte im dritten Quartal 2006 sogar. Italien ist von einem Staatsdefizit von 108 Prozent des Bruttosozialprodukts gebeutelt. Aber auch Deutschlands wirtschaftliche Steigerung von gut 2,5 Prozent im letzten Jahr ist eine Schwalbe, die noch lange keinen Frühling macht (mit der Exportabhängigkeit und den Belastungen für die Konsumenten wäre die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage, bei einer US-Rezession der Weltwirtschaft entscheidend zur Hilfe eilen zu können).

Russland hat sich inzwischen zwar zur zehntgrößten Wirtschaftsnation gemauert. Allerdings beruht das Wachstum einseitig auf der Nachfrage nach Öl und Gas. Damit scheidet Russland als möglicher „Jungbrunnen“ ebenfalls aus.

Aber auch China, ganz zu schweigen von Indien, könnten (trotz ihrer seit Jahren um bis zu zehnpromzentigen Wachstumsraten) im Fall einer US-Rezession eine Weltwirtschaftskrise nicht aufhalten. China hat

zwar mittlerweile Frankreich und Großbritannien auf die Plätze fünf und sechs der führenden Industrieländer verwiesen und rapide an Einfluss auf den Weltmärkten gewonnen. Dennoch beträgt der Anteil Chinas am Weltsozialprodukt gerade vier Prozent. China hat selber Überkapazitäten aufgebaut (so im Immobiliensektor) und spekulative Blasen entstehen lassen. Früher oder später wird das Ausmaß an faulen Krediten spürbar werden. Während die Binnennachfrage für 70 Prozent der US-Wirtschaft verantwortlich ist, sind es in China nur ein Drittel. Kein Wunder angesichts der Superausbeutung der Arbeiterklasse.

Klassencharakter des chinesischen Staates

Das Dokument zu „Weltbeziehungen“ einschließlich der Abschnitte zu Weltwirtschaft und China wurde von den Delegierten des Weltkongresses einstimmig angenommen. Obgleich auch bezüglich Analyse und Perspektiven für China Übereinstimmung vorherrschte, gab es dennoch eine Diskussion über den Klassencharakter des chinesischen Staates.

Es bestand auf dem Weltkongress des CWI Konsens darüber, dass der chinesischen Ökonomie auf nationaler Ebene längst nicht mehr eine geplante Wirtschaft zu Grunde liegt. Die Einführung des Kapitalismus ist in vollem Gang. Mit Methoden wie zu Zeiten des Manchester-Kapitalismus: Häufig eine Sieben-Tage-Woche für Fabrikarbeiter, vor allem für Textilarbeiterinnen (die in Shenzen oder Guangdong nicht selten in Wohnheimen mit Mehrbettzimmern neben dem Werk hausen müssen; mit brutalen Mitteln daran gehindert werden, während der Arbeit einzuschla-

fen). Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht Bergarbeiter mangels Sicherheitsvorkehrungen irgendwo im Land verschüttet werden. Segun Sango von der nigerianischen Sektion konstatierte, dass es große Teile der ArbeiterInnen in Nigeria, vor die Wahl gestellt, vorziehen würden, von den Imperialisten Nordamerikas oder Europas und nicht von China ausgebeutet zu werden, da die Arbeitsbedingungen unter chinesischen Vorzeichen für sie noch brutaler erscheinen.

Es brodelt aber auch in China: 2005 gab es offiziell 87.000 Proteste (Streiks sind eigentlich verboten). Spontane Erhebungen sind jederzeit möglich.

In China stellen sich Aufgaben der sozialen und der politischen Revolution: Zum einen der Kampf für die Rücküberführung der privatisierten Wirtschaft in staatliche Hände und die Wiederherstellung einer Planwirtschaft. Zum anderen der Kampf für demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung in den Staatsbetrieben.

Die schwedischen GenossInnen vertraten auf dem Weltkongress die Position, dass China als eindeutig kapitalistischer Staat betrachtet werden muss. Sie argumentierten, dass auch die verschiedenen Staaten der ehemaligen Sowjetunion Unterschiede und Eigenarten aufweisen, dass China ebenfalls ein Staat ist, der genauso aus einem stalinistischen System hervorging und heute besondere Merkmale aufweist. Per-Ake Westerlund betonte, dass China extrem eng mit der kapitalistischen Weltwirtschaft verflochten ist (ob die WTO-Mitgliedschaft seit 2001 oder die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den USA und China). Für Laurence Coates und andere schwedische GenossInnen sind staatskapitalistische Maßnahmen (wie

Friedrich Engels Eingriffe des kapitalistischen Staates in die Wirtschaft bezeichnete) in der kommenden Zeit – konfrontiert mit einer Weltwirtschaftskrise – gut möglich beziehungsweise sogar wahrscheinlich. Aber auch in Thailand, so Laurence, habe man gerade erst erlebt, wie ein kapitalistisches Regime zu Kapitalverkehrskontrollen greift.

Auch Andros Payiatsos aus Griechenland warf die Frage auf, ob für den Klassencharakter eines Staates nicht maßgeblich ist, welche Interessen er verfolgt. Und dass die chinesische Bürokratie sich doch dafür entschieden hat, eine kapitalistische Marktwirtschaft aufzubauen.

Demgegenüber brachten das Internationale Sekretariat und Delegierte mehrerer Sektionen in ihren Beiträgen die Meinung zum Ausdruck, dass China sich zwar im Übergang zum Kapitalismus befindet und dieser Prozess sehr weit fortgeschritten ist, dass es sich aber nichts desto trotz um einen Prozess handelt, der noch nicht vollständig abgeschlossen ist und mit Widersprüchlichkeiten behaftet ist.

Auch wenn die Wirtschaft kapitalistisch dominiert ist (wobei Clare Doyle vom IS mehrere Ausgaben der Financial Times zitierte, die den Staatsanteil der Wirtschaft mal mit 30, mal mit 50, mal mit 70 Prozent angaben) stellte Lynn Walsh heraus, dass in China einige Besonderheiten zu registrieren sind. Staatsbanken haben noch bedeutenden Einfluss auf private Unternehmen.

Vermögende Aktienbesitzer haben in vielen Fällen keine dem Westen vergleichbare Möglichkeiten, auf Aktiengesellschaften einzuwirken. Grund und Boden gehören noch dem Staat und müssen gepachtet werden. Dementsprechend, so Lynn,

haben sich kapitalistische Normen noch nicht vollständig etabliert.

China hat Merkmale wie einzelne „hybride“ Regime zwischen 1945 und 1990 – mit umgekehrten Vorzeichen. Damals gab es Länder wie Algerien oder Libyen, die unter dem Einfluss des Stalinismus große Teile der Wirtschaft verstaatlicht hatten, sich aber über einen längeren Zeitraum, zumindest einige Jahre oder sogar über einen Jahrzehnt hinweg, im Übergang zwischen Kapitalismus und Stalinismus befanden. In diesem Zusammenhang wurde auch bilanziert, dass das CWI in den 70er Jahren in einigen Fällen vorschnell die Schlussfolgerung gezogen hatte, solche Staaten als deformierte Arbeiterstaaten zu bezeichnen, in denen der qualitative Wechsel zu einer entwickelten nichtkapitalistischen Gesellschaftsform schon abgeschlossen gewesen sei.

Das IS führte an, dass die Herrschenden in China aufgrund der politischen Erschütterungen und des Einbruchs der Wirtschaft in großen Teilen der ehemaligen Sowjetunion als Folge einer überstürzten Einführung des Kapitalismus die Schlussfolgerung gezogen hätten, ähnliche Entwicklungen in China zu vermeiden. Darum ist die Spitze der KP (mit ihren 70 Millionen Mitgliedern) bemüht, den Prozess der kapitalistischen Restauration von oben zu kontrollieren. So gibt es zum Beispiel eine Personalunion von KP-Generalsekretär

und Staatspräsidenten. Um die täglichen Regierungsgeschäfte kümmert sich der Staatsrat, der von der KP-Spitze ernannt wird (der Nationale Volkskongress muss dem zustimmen). Die Behörde Nationale Kommission für Entwicklung und Reform spricht bei Großprojekten, oft unter ausländischer Beteiligung, in der Regel das letzte Wort.

Keiner der Weltkongress-Delegierten hielt eine Rückkehr Chinas zu einem stalinistischen Staat für eine Option. Allerdings wurde es seitens des IS und anderer GenossInnen für möglich gehalten, dass die staatskapitalistischen Maßnahmen in einer Weltwirtschaftskrise in China weiter gehen könnten als in anderen kapitalistischen Industrieländern und China eine größere Re-Zentralisierung kennzeichnen könnte.

Die Frage von China soll innerhalb des CWI weiter vertieft werden. Vor allem aber gilt es – darin waren sich die Kongress-TeilnehmerInnen einig –, Perspektiven für den Klassenkampf in diesem zentralen Land zu diskutieren und alle Anstrengungen zu unternehmen, dass revolutionärsozialistische Ideen in China und international verstärkt Unterstützung finden. Angesichts der dramatischen kommenden Entwicklungen auf ökonomischer, politischer und sozialer Ebene weltweit ist hierbei keine Zeit zu verlieren.

US-Imperialismus gerät an seine Grenzen

Ein wichtiger Schwerpunkt des Weltkongresses des CWI im Januar 2007, war die Debatte um Weltbeziehungen. Peter Taafe, Generalsekretär der Socialist Party in England und Wales und Mitglied im Internationalen Sekretariat des CWI, stellte in seiner Einleitung dar, von welchen Veränderungen und Entwicklungen seit dem letzten Kongress im Jahre 2002 wir Zeugen wurden.

von Toufan Azadi

2002 griff die stärkste Militärmacht der Welt den Irak an mit dem Ziel den arabischen Raum neu zu ordnen. Heute, einige Jahre später, ist der Irak in ein blutiges Chaos abgeglitten und die US-Armee unfähig Stabilität herzustellen und ihre strategischen Ziele zu erreichen.

Auch in weiteren Regionen der Welt ist die Bevölkerung konfrontiert mit brutalen militärischen Konflikten oder Bürgerkriegen, wie zum Beispiel in Sudan, Palästina und Somalia.

Einige Regierungen haben aufgehört sich den Interessen des westlichen Imperialismus zu fügen und gehen zunehmend eigene Wege, wie zum Beispiel Venezuela und andere Regierungen des lateinamerikanischen Kontinents, wo insgesamt eine Linkverschiebung stattfindet und die Frage nach einer sozialistischen Alternative zu Imperialismus und Kapitalismus auf die Tagesordnung gekommen sind. Auf andere Weise haben auch nicht-linke Regierungen auf Grundlage der momentanen Schwäche des US-Imperialismus begon-

nen die Großmacht herauszufordern und zunehmend ihre Position auf Kosten der USA auszubauen, wie zum Beispiel der Iran unter Ahmadinedschad.

In entwickelten kapitalistischen Ländern wurden wir in den letzten Jahren Zeuge davon, dass die Regierungen mit zunehmender Instabilität konfrontiert wurden. Das gilt für die ehemalige Regierung Schröder in Deutschland, die jetzt ersetzt wurde von einer großen „Koalition der Verlierer“. Das gilt aber auch für Kanada, Italien und die Regierung von Tony Blair, die an ihr Ende gelangt ist.

Hintergrund ist, dass die Klasse der Kapitalisten weltweit für die zunehmenden Probleme keine Lösung anzubieten haben. Ob es die militärischen Konflikte sind oder die sozialen. Die Schere zwischen arm und reich ist weiter gewachsen.

Irak

Im Vordergrund bei dieser Diskussion stand die Lage im Irak und im Nahen Osten insgesamt, aber auch die Stimmung und die Situation in den USA selbst. Mehrere Delegierte machten auf das Debakel aufmerksam, in das sich die Bush-Regierung im Irak manövriert hat. Nicht nur, dass der ganze Horror im Irak in der Masse der Bevölkerung den Hass auf die Besatzungsmächte verstärkt. Neben unzähligen Opfern unter der Zivilbevölkerung - Schätzungen gehen von Zahlen von mindestens 650 000 Toten aus - ist auch die soziale Situation eine einzige Katastrophe. Noch immer funktioniert die Infrastruktur nicht. Selbst in den Großstädten Bag-

dad und Basra gibt es immer wieder Stromausfälle. Die Arbeitslosenrate liegt bei 50 Prozent. Die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs wächst von Tag zu Tag. Die Konflikte zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppierungen nehmen zu und erfassen immer mehr Menschen.

Eine Aufspaltung des Landes in drei Teile - einen schiitischen, einen sunnitischen und einen kurdischen - ist eine mögliche Entwicklung. Ein solches Szenario würde aber keineswegs zu Frieden und Ruhe führen. Ganz im Gegenteil. Ein dauerhafter militärischer Konflikt wäre die Folge, der auch andere Mächte in der Region erfassen könnte. Schließlich fürchten die sunnitischen Kräfte in der Region, zum Beispiel in Saudi-Arabien, den wachsenden schiitischen Einfluss, bei dem die iranischen Machthaber ihre Finger im Spiel haben. Auch bei einer Beibehaltung der staatlichen Einheit des Irak könnten sich andere Mächte in nächster Zeit genötigt sehen, sich in die irakischen Machtkämpfe einzumischen, um den iranischen Einfluss zurück zu drängen. Zunehmendes Chaos und mehr Gewalt würden die Folge sein.

Krieg führt zu Terror

Sozialistinnen und Sozialisten hatten vor der Invasion gewarnt, dass ein Einmarsch der USA und anderer imperialistischer Mächte in den Irak zu Chaos, Terror und der Zunahme sektiererischer Gewalt führen würde. Leider hat sich diese Perspektive vollständig bestätigt.

Die US-Armee sieht sich einer unlösbaren Aufgabe gegenüber. Auch die erneute Aufstockung der Truppenstärke und die wiederholten Versuche Bagdad mit Hilfe

militärischer Interventionen, unter Kontrolle zu bekommen, sind bisher gescheitert. In den Auseinandersetzungen mit der Mahdi-Armee des radikalen Schiitenpredigers Muktada-Al-Sadr, ist in erster Linie die Popularität des Radikal-Islamisten gewachsen und damit auch seine Truppenstärke auf jetzt geschätzte 100.000 Kämpfer.

Bush in USA geschwächt

Die Position der Bush-Administration innerhalb der herrschenden Klasse in den USA ist mittlerweile isoliert. Wichtige Kräfte setzen auf drastische Truppenreduzierungen und sogar auf einen vollständigen Abzug im Jahre 2008. Nicht nur Demokraten, sondern auch Politiker mit Rang und Namen aus der republikanischen Partei attackieren die Politik Bushs zunehmend. Auch die Vorschläge der Baker-Kommission, die die Haltung eines Teils der US-amerikanischen Öl-Lobby repräsentieren, bedeuten einen völlig anderen Kurs, als der bisher offizielle Kurs der Regierung. Auch in der US-amerikanischen Bevölkerung ist die Zustimmung für den Krieg mittlerweile nur noch eine Minderheitenmeinung. Nicht mal mehr 30 Prozent geben ihre Zustimmung für den Krieg. Selbst unter den US-SoldatInnen stimmen gerade mal 44 Prozent der Aussage zu, dass der Krieg gegen den Irak gerechtfertigt sei. Insgesamt ist der US-Imperialismus damit angeschlagen und die Grenzen seiner Macht für alle sichtbar geworden.

Angriff auf Iran?

Vor dem Hintergrund, so waren sich die Delegierten einig, ist ein Krieg gegen den Iran unwahrscheinlich. Ein Kurs für eine

weitere Eskalationsstrategie hat innerhalb der herrschenden Klasse in den USA keine Zustimmung. Außerdem ist unter den jetzigen Bedingungen, wo die US-Armee Schwierigkeiten hat, die nötige Infrastruktur für den Irak- und Afghanistankrieg aufrecht zu erhalten, nicht möglich eine weitere Bodeninvasion zu starten. Eine solche wäre aber eine notwendige Voraussetzung für einen Regimewechsel im Iran. Trotzdem ist es nicht auszuschließen, dass die USA oder stellvertretend Israel durch Luftangriffe die Atomanlagen im Iran bombardieren.

Libanon

Weiterer Gegenstand der Diskussion war die Situation in Israel nach dem Libanon-Krieg. Die Olmert-Regierung ist nach der Niederlage im Libanon in eine tiefe Krise gestürzt. Im Januar unterstützten gerade mal sieben Prozent Olmert und seine Minister. Aus dieser Krise ist die Regierung nach einer Lawine von Vergewaltigungs-, Sex- und Korruptionsaffären bis heute nicht wieder herausgekommen.

Die libanesische Bevölkerung hat dem aggressiven Angriff des israelischen Imperialismus im Juli 2006 standgehalten und der israelischen Armee eine Niederlage bereitet. Die Hisbollah hat dabei eine wichtige Rolle gespielt und konnte angesichts der Passivität der libanesischen Regierung die Rolle der „Landesverteidiger“ für sich beanspruchen. Dabei spielte eine Rolle, dass die Hisbollah vom Ziel abrückte einen islamischen Staat zu errichten und den Versuch unternahm die verschiedenen Volksgruppen unter ihrem Banner zu vereinigen. Das gelang während des Krieges und in den ersten Monaten danach brachte ihr das eine Massenpopularität auch

unter Christen ein. Jedoch wird die nicht lange halten. Die Hisbollah hat ihren grundlegenden Charakter als konfessionelle Organisation nicht geändert. Unter der Zunahme von ethnischen Konflikten wird sie sich wieder auf die schiitische Bevölkerung zurückziehen. Das zeigt auch die Tatsache, dass sie neutral bleibt, während die libanesische Armee versucht die Selbstverwaltung in den palästinensischen Flüchtlingslagern mit brutaler Gewalt auszumerzen. Auch in Klassenauseinandersetzungen wird die Hisbollah keine fortschrittliche Rolle spielen, da sie in ihren Reihen ArbeiterInnen und Kapitalisten zusammen bringt und von ihrer Natur her nicht konsequent auf der Seite der Arbeiterklasse stehen kann. So war sie ja auch Teil der neoliberalen libanesischen Regierung.

Afghanistan

Auch die Lage in Afghanistan war Bestandteil einiger Redebeiträge. Nach dem erklärten Sturz der Taliban vor fünf Jahren, sind diese vor allem im Süden des Landes, wo sie einen erbitterten Guerillakrieg mit den Besatzungstruppen führen, wieder gestärkt. Auch hier ist von Stabilität keine Spur zu sehen. 93 Prozent der Bevölkerung sind auf täglicher Grundlage mit Stromausfällen konfrontiert und fast 80 Prozent haben nicht einmal regelmäßig Zugang zu sauberem Wasser. Das alles zeigt, dass der Kapitalismus mit jedem Tag seiner weiteren Existenz diese Welt ins Chaos stürzt. Deswegen ist es umso dringender weltweit eine marxistische Internationale aufzubauen, die mit diesem System ein für allemal Schluss macht. Dieser Aufgabe stellen sich Mitglieder des CWI weltweit. ■

Europa: Unzufriedenheit wächst

In der Europa-Diskussion wurde deutlich, dass in allen Ländern Europas einerseits die gleiche neoliberale Politik von Kürzungen sozialer Leistungen und Löhnen umgesetzt wird, andererseits die Unzufriedenheit und Wut in der Arbeiterklasse über diese Politik massiv anwächst.

von Holger Dröge

Soziale Errungenschaften die zumeist nach dem 2. Weltkrieg gewonnen wurden, werden nun zurückgenommen. Viele Menschen können ihren bisherigen Lebensstandards oft nur auf Basis von Verschuldung beziehungsweise durch die Arbeit in mehr als einem Job aufrecht erhalten. Aber auch die Wut unter größeren Teilen der Arbeiterklasse gegen diese Politik wächst. Teils entlädt sich diese in sozialen Bewegungen und Protesten, aber oft wird sie noch durch die Gewerkschaftsbürokratie zurückgehalten.

Gemeinsam in allen Ländern ist: Die Arbeiterklasse soll zahlen. In Westeuropa versucht kein bürgerlicher Politiker eine Vision von höheren Lebensstandards und einem besseren Leben anzubieten. Die meisten Menschen in Europa haben große Angst vor der Zukunft. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sind junge Menschen mit schlimmeren Bedingungen als ihre Eltern konfrontiert. Das wirtschaftliche Wachstum 2006 hat diese Situation nicht grundsätzlich verändert.

Gewinner...

Die Hauptlinie der Politik in Europa ist gerade neoliberale Politik. Das bedeutet, dass die kapitalistischen Profite durch

Lohnsenkungen, Arbeitsplatzabbau und Privatisierung erhalten werden sollen. Dies funktioniert enorm: Überall in Europa verzeichnen die Kapitalisten neue Rekordprofite. In Deutschland zum Beispiel verdoppelten sich die Profite in den letzten zehn Jahren auf 420 Milliarden Euro im Jahr. Gleichzeitig befindet sich die Lohnquote nur noch auf dem Stand der 60er Jahre. In Italien besitzen die vier reichsten Familien mehr Vermögen, als der italienische Staatshaushalt ausmacht. Die Zahl der Milliardäre wächst dabei in enormer Geschwindigkeit, aber nicht nur ihre Zahl, sondern auch das von ihnen kontrollierte Vermögen wächst enorm.

...und Verlierer

Während der Reichtum der Kapitalisten wächst, zahlt die Arbeiterklasse den Preis dafür. Die Arbeitslosigkeit ist enorm gestiegen, während die Löhne fallen. In Deutschland sind nur noch 50 Prozent der Beschäftigten in einem Vollzeitjob beschäftigt. Elf Millionen Menschen arbeiten Teilzeit. Viele neue Jobs entstehen nur noch als Leiharbeit und zu schlechten Löhnen. Betont wurde in den Diskussionen, dass Deutschland, dass bei der Umsetzung neoliberaler Politik lange als Schlusslicht galt, massiv aufgeholt hat. Mit den Hartz-Gesetzen, der Erhöhung des Rentenalters und der anderen Kürzungspolitik wurde in Deutschland über wenige Jahre eingeführt, was zum Beispiel in Großbritannien 20 bis 25 Jahre dauerte. Dies hat hier in den letzten Jahren zu einer Reihe von großen Mobilisierungen von Gewerkschaften und Erwerbslosen geführt, gleichzeitig aber auch die Er-

pressbarkeit von Belegschaften erhöht und den betrieblichen Widerstand verkompliziert.

Widerstand

Überall in Europa will die Mehrheit der gegenwärtigen Gewerkschaftsführer die Offensive der Bosse nicht ernsthaft herausfordern. Die meisten handeln bewusst als Bremse der Gegenwehr. Diese Führer sind politisch fest im kapitalistischen System verwurzelt, wie der Skandal bei Volkswagen gezeigt hat, wo der Betriebsratsvorsitzende alleine 2002 fast 700.000 Euro an Bestechungsgeldern bekam.

Die Arbeiterklasse ist wütend, doch die Gewerkschaftsführung in einigen Ländern ist noch weitgehend in der Lage Proteste zurückzuhalten. Aber dies ist nicht von Dauer, wie die Entwicklung in anderen europäischen Ländern gezeigt hat. Dies hat sich in Frankreich in den Kämpfen gegen das CPE gezeigt. Es sind aber nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ Frankreich, Italien und Griechenland, in denen es Kämpfe gegeben hat, sondern auch in Ländern in denen es einige Zeit wenig Klassenkämpfe gegeben hat, wie zum Beispiel Belgien, Dänemark, den Niederlanden und Portugal.

Für die Frage, ob Kämpfe erfolgreich sein können, bekommt das Programm eine größere Bedeutung. Es stellt sich für ArbeiterInnen die Frage: „Wenn wir kämpfen, gibt es eine Siegeschance?“, lohnt sich die Auseinandersetzung also überhaupt? Belegschaften heute sind kleiner geworden, es gibt mehr Leiharbeiter und befristete Stellen. Viele gewerkschaftliche Erfahrungen sind verloren gegangen. Das bedeutet, dass die Gewerkschaften mit einem Kampfprogramm bewaffnet werden müs-

sen. Es wird den Wiederaufbau der besten der alten und die Schaffung von neuen Traditionen umfassen müssen, besonders unter jungen ArbeiterInnen, die nicht die Erfahrung der Gewerkschaftsarbeit haben. Die Mitglieder des Komitees für eine Arbeiterinternationale verstehen sich in diesem Prozess nicht bloß als Beobachter und Kommentatoren, sondern als aktiver vorantreibender Teil. In Großbritannien sind Mitglieder des CWI in vielen nationalen Vorständen von Gewerkschaften vertreten und setzen sich für einen kämpferischen Kurs ein. Aber auch in anderen Ländern sind Mitglieder des CWI aktiver Teil der Gewerkschaftsbewegung.

Europäische Wirtschaft

Für Marxisten sind die wirtschaftlichen Entwicklungen von enormer Bedeutung, so spielten diese auf dem Weltkongress auch eine große Rolle. Die Beschleunigung des europäischen Wirtschaftswachstums in der ersten Hälfte des Jahres 2006 mit einem Höchststand seit 2000 ließ die offiziellen kapitalistischen Kommentatoren und besonders die politischen Führer Optimismus verbreiten.

Aber selbst das prognostizierte höhere Wachstum von 2,6 Prozent, das 2006 in den „alten Ländern“ der Europäischen Union der 15 erreicht werden wird, liegt weit unter den Werten aus der jüngsten Vergangenheit. Früher waren die Wachstumsraten höher und erreichten 2000 mit 3,9 Prozent den Höhepunkt. Dieses langsame Wirtschaftswachstum war teilweise Ergebnis der internationalen Offensive der herrschenden Klasse, die den Lebensstandard nach unten drückte und Staatsausgaben begrenzte, was die Konsumnachfrage verringerte. Wo es in Europa Binnen-

wirtschaftswachstum gegeben hat, hat das weitgehend auf einer Erhöhung der Verschuldung basiert.

Das schnellere Wirtschaftswachstum von 2006 war das Ergebnis sowohl der weltwirtschaftlichen Lage (mit einem leichten Rückgang im Ölpreis) als auch verschiedener Gründe in manchen Ländern. In Spanien hält der Wirtschaftsboom nun schon seit 1995 an, allerdings ist er vor allem auf eine massive Immobilienspekulation und Verschuldung gestützt. In einer ganzen Reihe von Ländern hat eine Explosion der Immobilienpreise eine entscheidende Rolle gespielt, die Konsumausgaben zu halten, da sie es HauseigentümerInnen ermöglichte ihre Kreditaufnahme zu steigern auf der Grundlage, dass der Marktpreis ihrer Immobilien gestiegen war. Das kann allerdings nicht ewig so weitergehen.

Ein weiteres Merkmal der gegenwärtigen Lage ist der riesige Anstieg der Profite und ein Rückgang der Unternehmensverschuldung. Aber diese riesigen Geldbeträge werden zur Steigerung der Dividenden und zur Finanzierung einer Übernahmewelle verwendet statt für Investitionen. Den kapitalistischen Regierungen ist bekannt, dass das Wachstum auf tönernen Füßen steht. Das Wirtschaftswachstum hat

kaum zum Ausbau industrieller Beschäftigung geführt. Von daher ist klar, dass die Angriffe auf die Arbeiterklasse aus ihrer Sicht fortgesetzt werden müssen.

Kommende Kämpfe

Europa befindet sich heute in einer extrem instabilen Lage. Seine Wirtschaft hängt von Schulden ab, sowohl im Inland als auch in den USA, um das Wachstum anzuziehen. Bis auf wenige Ausnahmen sind seine Regierungen unbeliebt oder verhasst. In vielen Ländern verlieren die bürgerliche Institutionen, wie Gerichte, an Autorität, was die Entfremdung weiterer Teile der Arbeiterklasse mit dem kapitalistischen System ausdrückt.

Wenn die sich immer wieder entwickelnden Kämpfen in verschiedenen Ländern mit einer negativen Veränderung der wirtschaftlichen Lage zusammentreffen, wird dies enorme Konsequenzen haben. Große Bewegungen können daraus entstehen und es wird die Aufgabe des CWI sein, diese Bewegungen voranzubringen und dabei die Organisation aufzubauen. Bereits seit dem letzten Weltkongress 2002 hatte das CWI in vielen Ländern erfolgreich agieren können. In den nächsten Jahre gilt es dies zu verstärken. ■

Lateinamerika auf dem Weg zum Sozialismus?

Linke, fortschrittliche und anti-imperialistische Kräfte auf der ganzen Welt schauen voller Spannung und Hoffnung auf die Entwicklungen der Massenkämpfe und der neuen linken Regierungen in Lateinamerika. Zweifellos ist der Kontinent die Speerspitze einer weltweiten Gegenbewegung gegen Neoliberalismus und gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Herrschaft.

Die Delegierten der 28 Sektionen des Komitees für eine Arbeiterinternationale diskutierten die Entwicklungen in Lateinamerika in einem speziellen Teil ihres Weltkongresses im Januar. Insbesondere die TeilnehmerInnen aus Brasilien, Chile und Venezuela sorgten dafür, dass es eine der lebendigsten und inspirierendsten Debatten des Kongresses war.

von Sascha Stanicic

Andre Ferrari von der Gruppe Socialismo Revolucionario und Mitglied im Vorstand der Partei für Sozialismus und Freiheit (P-SOL) aus Brasilien eröffnete die Diskussion mit einem Referat, das die wichtigsten Entwicklungen auf dem Kontinent zusammen fasste.

Er betonte, dass Lateinamerika in den 90er Jahren einen Prozess der Re-Kolonialisierung durch machte, in dem in den meisten Ländern relativ starke und stabile neoliberale Regierungen an der Macht waren. Die tiefe soziale Krise, die Folge des Neoliberalismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus war, führte aber zum Ende des Jahrzehnts zu einer allge-

meinen Desillusionierung mit dem Neoliberalismus und zu einer Kette von Massenbewegungen, die ein Land nach dem anderen erfassten. Die Zahl der in diesem Prozess zu Fall gebrachten Präsidenten ist hoch. Als Folge kamen in einer Reihe von Ländern linke Präsidenten und Regierungen an die Macht. Dies gilt zwar nicht für alle Länder, denn insbesondere in Mittelamerika regieren in wichtigen Ländern wie Mexiko und Kolumbien weiterhin Vasallen des US-Imperialismus.

Die neuen linken Regierungen lassen sich grob in zwei Trends einteilen: in den Andenrepubliken Venezuela, Bolivien und Ecuador sind mit Hugo Chávez, Evo Morales und Rafael Correa anti-neoliberale Präsidenten ins Amt gekommen, die sich auf Massenbewegungen der Arbeiterklasse, indigenen Bevölkerung und armen Bauernschaft stützen und einen Weg sozialer Reformen im Interesse der Bevölkerungsmehrheit eingeschlagen haben.

In Argentinien, Brasilien und Chile sind mit Nestor Kirchner, Ignacio „Lula“ da Silva und Michelle Bachelet PräsidentInnen gewählt worden, deren Wahl ebenfalls die massenhafte Stimmung gegen Neoliberalismus und imperialistische Dominanz zum Ausdruck bringen, die aber einen anderen Kurs eingeschlagen haben und sich grundlegend dem neoliberalen Modell gebeugt haben (wenn Kirchner in Argentinien auch einige Maßnahmen zum Schutz der argentinischen Wirtschaft ergriffen hat). Mit der Schülerbewegung in Chile, der Gründung der neuen sozialistischen Partei P-SOL in Brasilien und der

als Piqueteros bekannten Erwerbslosenbewegung in Argentinien, gibt es jedoch auch in diesen drei Ländern wichtige Protestbewegungen gegen die Politik dieser vermeintlich linken Regierungen.

Revolution und Sozialismus?

Es ist viel die Rede von Sozialismus und Revolution, vor allem in Venezuela. Die Errungenschaften der Regierungen Chávez und Morales sind wichtig. Sie erscheinen aber so groß, weil der Ausgangspunkt die ideologische Defensive der Linken und der Arbeiterbewegung und die Erfahrungen des Neoliberalismus, der nur Verschlechterungen für die Masse der Bevölkerung kannte, war. In einem Teich voller Kaulquappen erscheint der Goldfisch groß. Im Vergleich zu den Sozialreformen und zum Grad von Verstaatlichung, die es in der Ära nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 70er beziehungsweise Anfang der 80er Jahre in einer ganzen Reihe ex-kolonialer Länder gegeben hatte, sind die bisherigen Maßnahmen in Lateinamerika und Bolivien relativ bescheiden. Vor dem Hintergrund der ideologischen Offensive des Neoliberalismus und der Politik von Privatisierung und Deregulierung, sind sie aber mehr als nur ein Lichtblick. Sie stellen einen qualitativen Wendepunkt in der gesellschaftlichen Entwicklung dar. Das gilt sowohl für das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in diesen Ländern, aber auch international. Und es gilt für das Bewusstsein der Arbeiterklasse, dass mehr und mehr von einer grundlegend sozialistischen Idee erfasst wird. Sozialismus gibt es deshalb aber noch lange nicht und sind diese Länder auch in jeder Hinsicht weiter vom Sozialismus entfernt, als es zum Beispiel Chile vor dem Pinochet-Putsch

1973 war. Aber: die Entwicklungsrichtung hat sich nach zwei Jahrzehnten der gnadenlosen neoliberalen und imperialistischen Dominanz geändert!

Kann man von Revolutionen in Venezuela und Bolivien sprechen? Der Begriff der Revolution wird sowohl als tatsächliche grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse verstanden, als auch als ein Zustand der Massenmobilisierung, die eine solche Veränderung anstrebt. Ebenso kann man zwischen sozialen und politischen Revolutionen unterscheiden. Erstere verändern die Eigentumsverhältnisse und führen zu einer Veränderung in der Klassenherrschaft, letztere verändern das politische System beziehungsweise politische Machtkonstellationen auf der Basis der bestehenden ökonomischen Verhältnisse. Der Eintritt der Massen auf die Bühne der Geschichte - in Ländern wie Bolivien und Ecuador gibt es eine gerädezu ununterbrochene Serie von Massenbewegungen mit zum Teil aufstandsähnlichem Charakter - in vielen lateinamerikanischen Ländern rechtfertigt zweifellos die Benutzung des Begriffs „revolutionärer Prozess“ oder „revolutionäre Ereignisse“. Auch haben die Veränderungen in Venezuela und Bolivien Elemente einer politischen Revolution, mit dem Versuch einige der ungelösten Aufgaben der bürgerlichen Revolution (Landverteilung, nationale Unabhängigkeit, Demokratie) zu erfüllen. Von einer „revolutionären Situation“ oder gar einer Revolution im sozialistischen Sinne zu sprechen, wäre jedoch genauso zweifelsfrei verfrüht und falsch - denn die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die kapitalistische Wirtschaft und der kapitalistische Staat existieren weiterhin.

Venezuela

Im Mittelpunkt der Diskussion auf dem CWI-Weltkongress standen die jüngsten Entwicklungen in Venezuela. Hier hat der seit neun Jahren regierende Präsident Hugo Chávez nach seiner Wiederwahl im Dezember 2006 eine deutliche Linksverschiebung seiner Politik angekündigt. Die Wahlen waren eine beeindruckende Bestätigung der Unterstützung, die Chávez in der Bevölkerung genießt.

In diesem Zusammenhang wurde in den Diskussionen betont, dass auch Chávez seine Position nur halten konnte aufgrund der aktiven Beteiligung der Massen, insbesondere in den Kämpfen gegen den reaktionären Putschversuch 2002, beim Abwahl-Referendum und bei dem Kampf gegen den sogenannten Unternehmerstreik. Chávez erreichte zwar die anvisierten zehn Millionen Stimmen nicht, aber er konnte sein Ergebnis bei einer gestiegenen Wahlbeteiligung noch einmal steigern. Bemerkenswerterweise war es die Tatsache, dass die bürgerliche Opposition in der Lage war einen einheitlichen Kandidaten ins Rennen zu schicken und eine größere Demonstration zu organisieren, die zu einer Re-Aktivierung des Chávez-Lagers führte. Davor war eine Entwicklung hin zur Passivität und wachsende Kritik an der zunehmenden Staatsbürokratie unter den Massen zu beobachten. Letztere besteht weiterhin und viele ArbeiterInnen und Jugendlichen machen einen Unterschied zwischen Chávez und den ihn umgebenden Parteien und Regierungsmitgliedern. Für Chávez zu sein bedeutet nicht automatisch, die Regierung kritiklos zu unterstützen.

Auf der anderen Seite musste die Opposi-

tion, die mit 37 Prozent, einen Achtungserfolg erzielte und ihre Kräfte sammeln konnte, sich ein soziales Image geben und öffentlich die Sozialreformen der Regierung unterstützen. Dass diese breite Unterstützung genießen, zeigen auch Meinungsumfragen, nach denen sogar 75 Prozent derjenigen, die Chávez nicht unterstützen für die Verstaatlichung von Fabriken, die nicht produzieren, sind und sogar 80 Prozent für die Verstaatlichung von brach liegendem Land.

Chávez hat in seiner Regierungserklärung eine neue Phase in der Revolution angekündigt und erklärt, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts aufbauen zu wollen. Zum ersten Mal hat er ein Mitglied der Kommunistischen Partei Venezuelas in sein Kabinett aufgenommen. Als ein Gewerkschaftsfunktionär, den er ebenfalls in sein Kabinett berief, daraufhin zu ihm sagte, dass er Trotzki sei, erwiderte Chávez: „Das macht nichts. Ich bin auch Trotzki.“ Tatsächlich hat er sich auch in seiner Erklärung aus Anlass seiner Vereidigung auf Marx, Engels, Lenin und Trotzki berufen und sich als Verfechter der Theorie der Permanenten Revolution präsentiert.

Die Delegierten des CWI-Weltkongresses waren sich einig, dass die fortschrittlichen Maßnahmen der Chávez-Regierung unterstützt werden müssen, Venezuela aber kein sozialistisches Modell ist. Chávez' Interpretation der Permanenten Revolution entspricht ihrem Gegenteil - einer schrittweisen Veränderung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus anstatt dem Konzept der Machteroberung durch die Arbeiterklasse und des Sturzes des kapitalistischen Ordnung.

Chávez' Maßnahmen zur Verstärkung des revolutionären Prozesses wurden von den

CWI-Delegierten begrüßt und gleichzeitig kritisch hinterfragt. Die Verstaatlichungen im Telekommunikationsbereich sind zweifelsfrei Schritte in die richtige Richtung, jedoch betreffen sie nur Bereiche, die erst in den 90er Jahren privatisiert wurden. Im Bereich der Verstaatlichungen liegt Venezuela weit hinter dem Chile Salvador Allendes zu Beginn der 70er Jahre zurück, als vierzig Prozent der Industrie in Staatshand waren.

Großen Raum nahm auch die Ankündigung der Bildung einer „Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas“ ein. Grundsätzlich wurde die Notwendigkeit, eine revolutionäre und sozialistische Arbeiterpartei zu gründen betont und vor diesem Hintergrund die Initiative von Chávez auch begrüßt. Die entscheidende Frage wird sein, ob Chávez seine Ankündigungen wahr macht, dass die Partei eine demokratische Massenpartei wird, die von unten nach oben aufgebaut sein wird und nicht durch die Führungsbükratien der alten Parteien dominiert wird. Dies ist aber alles andere als sicher und die Aussichten für die neue Partei sind unklar, wobei nicht auszuschließen ist, dass sie eine Anziehungskraft auf ArbeiterInnen und Jugendliche ausübt, die den Kampf für Sozialismus beschleunigen wollen. CWI-Mitglieder in Venezuela treten für eine von Regierung und Staat unabhängige sozialistische Arbeiterpartei mit demokratischen Strukturen und einem revolutionären Programm ein.

Auch die Vollmachten, die Chávez erhalten hat, können nicht abstrakt bewertet werden, sondern müssen nach ihrem sozialen Inhalt beurteilt werden. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn Verstaatlichungen per Dekret beschlossen werden,

sagte zum Beispiel Peter Taaffe vom Internationalen Sekretariat des CWI. Gleichzeitig wurde betont, dass die entscheidende Aufgabe für Venezuela der Aufbau einer revolutionären Partei und von Arbeiterkomitees auf allen Ebenen ist, die in Betrieben und Gesellschaft Kontrolle und Verwaltung ausüben können. Dabei betonte Peter Taaffe ebenfalls, dass MarxistInnen aus organisatorischen Formen keinen Fetisch machen dürfen. Es sei nicht zwangsläufig nötig, dass die klassische Form des auf Fabrikdelegierten basierenden Rätessystems in einer lateinamerikanischen sozialistischen Revolution wiederholt werden müsse. Komitees mit Delegiertenstrukturen auf Nachbarschaftsebene, ergänzt durch BetriebsvertreterInnen, sind ebenso denkbar.

Ohne eine solche Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses zu einer tatsächlichen sozialistischen Revolution, also der Machtergreifung durch demokratische Organe der ArbeiterInnen und Bauern und der Verstaatlichung der entscheidenden Bereiche der Wirtschaft, ist die Zukunft Venezuela ungewiss und besteht weiter die Gefahr einer erfolgreichen Konterrevolution.

Angesichts der Massenunterstützung, der aufgrund des Ölreichtums vorteilhaften ökonomischen Lage und der günstigen Verschiebungen des internationalen Kräfteverhältnisses, erscheint aber zur Zeit eine weitere Radikalisierung des Prozesses in Venezuela als wahrscheinlicher. Dieser könne, so Peter Taaffe, weiter gehen, als es bisher für denkbar gehalten wurde und eine Situation vergleichbar mit der Pariser Kommune von 1871 könne auch ohne die Existenz einer revolutionären Massenpartei entstehen.

Bolivien

Während die Lage in Venezuela auch davon gekennzeichnet ist, dass die Arbeiterbewegung über relativ schwache unabhängige Traditionen verfügt und es deshalb auch ein vergleichsweise niedriges Selbstbewusstsein der organisierten Arbeiterbewegung gibt, ist Bolivien ein Land mit starker Tradition marxistischer und trotzkistischer Kräfte und kämpferischer Gewerkschaften. Hier ist die Situation zur Zeit weitaus zugespitzter und polarisierter. Selbst ein Bürgerkrieg ist nicht ausgeschlossen. Der neue Präsident Morales wurde durch eine Reihe von Massenkämpfen an die Macht gespült und stand von Beginn seiner Amtszeit unter dem direkten und bewussten Druck der Massenbewegungen. Auch er hat einige Sozialreformen durchgesetzt und begrenzte Maßnahmen gegen die Kapitalisten ergriffen. Dazu gehören Lohnerhöhungen, die Einstellung neuer Lehrer und Ärzte und Sonder-Stromtarife für die arme Bevölkerung. Die größte Aufmerksamkeit haben aber die sogenannten Verstaatlichungen der Erdgasindustrie erlangt. Diese sind in der Realität zwar nur Neuverhandlungen der Verträge mit den multinationalen Konzernen und eine deutlich höhere Besteuerung derselben. Aber die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft in Bolivien und Venezuela haben große internationale Ausstrahlungskraft. Wie Andre Ferrari in seinem Einleitungsreferat sagte, ist der Begriff „Verstaatlichung“ in Lateinamerika kein Schimpfwort mehr.

Während des CWI-Weltkongresses spitzten sich im bolivianischen Cochabamba die Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und den reaktionären Kräf-

ten in Straßenkämpfen zu. Der Kongress diskutierte Berichte des CWI-Mitglied Adam Ziemkowski, der in Cochabamba in die Bewegung eingegriffen hat. Hier spitzte sich die Lage um die Frage der Autonomie für die reiche südöstliche Region Santa Cruz zu. Die hier vor allem lebende reiche Elite droht mit Autonomie als erstem Schritt zu einer Abspaltung der Region aus Bolivien. Damit wollen sie vor allem erreichen, dass die Verfassunggebende Versammlung nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit Entscheidungen treffen kann. Die Massen fordern, dass die Verfassung mit einfacher Mehrheit beschlossen werden kann.

In Cochabamba forderten die Massenproteste den Rücktritt des reaktionären Gouverneurs Manfred Reyes Villa und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. Morales unterstützte die Forderung der Massen nicht und verlangte von ihnen, sich an die Gesetze zu halten. Trotzdem ist es möglich, dass auch Morales unter dem Druck der Massen zu weiteren radikalen Maßnahmen gezwungen wird.

Brasilien

Die Wahl von Lula in Brasilien, wie auch von Kirchner in Argentinien und Bachelet in Chile, war auch Ausdruck des wachsenden anti-neoliberalen Bewusstseins der Massen. Aber in allen drei Fällen haben die „linken“ Regierungen keine linke Politik umgesetzt, sondern an der neoliberalen Agenda festgehalten. So hat Lula staatliche Banken privatisiert und private public partnership eingeführt. Auch außenpolitisch hat er durch die Entsendung brasilianischer Truppen nach Haiti die regional-imperialistischen Ambitionen der brasilianischen Kapitalistenklasse unterstützt.

Lulas Wiederwahl im letzten Jahr fand mit deutlich weniger Illusionen in ihn statt als vier Jahre zuvor. In den Gewerkschaften und Landlosenbewegungen gibt es wachsende Unzufriedenheit mit seiner Politik. Dies drückte sich nicht zuletzt in der Gründung der neuen Partei für Freiheit und Sozialismus (P-SOL) aus, deren Präsidentschaftskandidatin Heloisa Helena 6,85 Prozent erreichte.

Die brasilianische Sektion des CWI, Socialismo Revolucionario, gehört zu den Gründungsmitgliedern der P-SOL und baut die Partei aktiv mit auf. Sie ist im Rahmen der Wahlkampagne dafür eingetreten, dass die Partei keine reine Konzentration auf den Wahlkampf betreibt, sondern aktiv an den Kämpfen und Mobilisierungen der Arbeiterklasse, Jugend und Landlosen teilnimmt und daraus die Parteistrukturen aufbaut und stärkt. Leider hat es eine gewisse Rechtsverschiebung innerhalb der P-SOL gegeben. Der sozialistische Aspekt des Programms wurde in den Hintergrund gestellt in der Hoffnung dadurch mehr Stimmen erzielen zu können. Helena präsentierte sich im Wahlkampf vor allem als unbestechliche und moralisch integere Person. Sie führte einen moralisierenden Wahlkampf und sprach sich sogar – gegen das P-SOL-Programm – gegen Abtreibungen aus. Diese Personalisierung und Entpolitisierung führte aber nicht zu mehr, sondern zu weniger Stimmen.

So konnte die P-SOL ihr Potenzial, was bei Umfragen bei 12 Prozent lag, nicht ausschöpfen. Die 6,85 Prozent sind aber trotzdem ein beachtlicher Erfolg, auf dem die Partei aufbauen kann, wenn sie einen kämpferischen und sozialistischen Kurs einschlägt.

Massenbewegungen in vielen Ländern

Karl Debbaut vom Internationalen Büro des CWI berichtete von den Massenbewegungen in Mexiko – den Großdemonstrationen gegen die Wahlfälschung in Mexiko-Stadt und der aufstandsähnlichen Bewegung im Bundesstaat Oaxaca. In Mexiko ist die Arbeiterklasse stärker und es gab unter vielen Demonstranten eine kritische Haltung gegenüber dem linksdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Lopez Obrador, dessen Wahlsieg nicht anerkannt wurde. Eine der Forderungen, die in Mexiko aufkam, war für eine Regierung der Arbeiter und der Armen. Dies drückt aus, dass nicht nur sozialistische Ideen, sondern auch die Machtfrage in das Bewusstsein wichtiger Schichten der Arbeiterklasse zurück gekehrt ist. Karl Debbaut berichtete auch, wie die Demonstranten instinktiv versuchten den bürgerlichen Staatsapparat zu neutralisieren, indem sie sich freundlich an die einfachen Polizisten auf den Demonstrationen wendeten. Ein Slogan, der an die Polizisten gerichtet wurde, war: *„Reiht Euch ein – Eure Mütter sind schon hier.“* Ein anderer war: *„Konntet Ihr Euren Kindern ein Frühstück zubereiten, bevor Ihr sie heute morgen zu Schule geschickt habt?“*

Die Bewegung in Mexiko ist in den letzten Wochen schwächer geworden. Es ist aber davon auszugehen, dass sie einen umso stärkeren Aufschwung nehmen wird, wenn die Regierung erste Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse beschließen wird.

Celso Calfullan, Delegierter aus Chile, berichtete von der Massenbewegung der Schülerinnen und Schüler. Diese wurde als

ein Wendepunkt für Chile gesehen. Zum ersten Mal seit vielen Jahren erreichte eine Bewegung den Rücktritt eines Ministers und des Polizeichefs. Die SchülerInnen, die aufgrund ihrer Schuluniformen „Pinguine“ genannt werden, hatten breite Unterstützung in der Bevölkerung. Von besonderer Bedeutung war, dass sie nicht nur für konkrete bildungspolitische Forderungen eintraten, sondern die ganze Gesellschaft in Frage gestellt haben. Das hat große Auswirkungen und ist ein Vorzeichen für die Kämpfe und Bewegungen der Zukunft, vor allem wenn diese junge Generation als Arbeiterinnen und Arbeiter in die Betriebe eintreten wird.

Kuba

Während des Kongresses gingen Nachrichten über die Verschlechterung von Fidel Castros Gesundheitszustands um die Welt. Mittlerweile gibt es entgegengesetzte Informationen. Aber die Frage steht im Raum: was wird aus Kuba nach Fidels Tod?

Während Kuba nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in eine tiefe wirtschaftliche Krise geraten war, hat es sich aufgrund der Vorteile der Planwirtschaft und der Unterstützung durch Venezuela mittlerweile wieder wirtschaftlich erholt und strahlt neue Autorität aufgrund des guten Bildungs- und Gesundheitswesens aus. Gleichzeitig ist das Land voller Widersprüche und gibt es einen wachsenden Wunsch in der Bevölkerung und vor allem der Jugend nach demokratischen Rechten, Reisefreiheit und so weiter.

Die hohe persönliche Autorität Fidel Castros und die Konfrontation mit dem US-Imperialismus haben die Regierung und das System einer bürokratisch kon-

trollierten Planwirtschaft bisher gestützt. Im Falle von Fidels Tod kann sich das ändern, auch weil mittlerweile ein großer Teil der Bevölkerung die Erfahrungen der Batista Diktatur vor der Revolution von 1959 nicht persönlich gemacht hat. Die Existenz einer radikalen, konterrevolutionären kubanischen Exil-Bevölkerung in den USA – die Nachkommen der enteigneten Kapitalisten und Großgrundbesitzer – macht aber einen schrittweisen und kontrollierten Übergang zum Kapitalismus schwieriger. Diese Erben der Diktatur wollen ihr Eigentum zurück und sind kaum zu Kompromissen bereit. Dies und die Verschiebung des kontinentalen Kräfteverhältnisses nach links macht eine schnelle kapitalistische Restauration nach Castros Tod unwahrscheinlich. Es werden vielmehr polarisierte Auseinandersetzungen stattfinden und letztlich wird entscheidend sein, wie sich die kubanische Jugend orientieren wird. Die Autorität von Chávez und die Entwicklungen in Venezuela können für die zukünftige Entwicklung Kubas dabei von größerer Bedeutung sein, als innere Veränderungen.

Es wurde auch diskutiert, dass Castros Tod international zu Demonstrationen und Großveranstaltungen in Gedenken an den Revolutionsführer führen werden, an denen sich die Sektionen des CWI beteiligen werden, um eine authentisch marxistische Sichtweise auf die Geschichte und die Perspektiven Kubas zu verbreiten.

Fazit

In Lateinamerika haben die Massenkämpfe der letzten Jahre nicht nur einige linke Regierungen an die Macht gebracht, sondern den Sozialismus wieder auf die Tagesordnung gesetzt und ins Massenbe-

wusstsein gerückt. Das hat Auswirkungen weit über die Grenzen des Kontinents hinaus. Nicht zuletzt auch für die USA, in denen es eine wachsende lateinamerikanische Bevölkerung gibt. Aber auch in Europa verfolgen die bewussten Teile der Arbeiterklasse die Geschehnisse in Venezuela, Bolivien und anderen Ländern mit großem Interesse und sehen die dortigen Kämpfe als große Inspiration.

Von entscheidender Bedeutung wird sein, ob es der Arbeiterklasse gelingt eigenständige und unabhängige Massenorganisationen – Arbeiterparteien, Arbeiterkomitees

in Betrieben und Stadtteilen – zu schaffen und ob es gelingt starke revolutionär-marxistische Organisationen aufzubauen, die den Kämpfen und Bewegungen eine sozialistische Perspektive, Strategie und Taktik aufzeigen können.

Um dies zu erreichen hat der Weltkongress des CWI auch praktische Maßnahmen beschlossen. So soll das Eingreifen des CWI in Venezuela und Bolivien verstärkt unterstützt werden, eine spanisch-sprachige Webseite eingerichtet werden und ein Sonderfonds zur Unterstützung der Arbeit in Lateinamerika eingerichtet werden. ■

Sri Lanka: Auf dem Weg zum Bürgerkrieg

Siritunga Jayasuriya von der United Socialist Party (Schwesterorganisation der SAV und Sektion des CWI in Sri Lanka) hielt das Einleitungsreferat zu dieser Sitzung über die jüngsten dramatischen Entwicklungen in Sri Lanka auf dem CWI-Weltkongress.

von Senan

Seit der letzten Präsidentschaftswahl im November 2005 hat sich die wirtschaftliche wie auch die politische Situation in Sri Lanka weiter verschlechtert. Mahinda Rajapakse wurde mit Unterstützung der kommunistischen (*darunter wird eine auf die jeweilige nationale Gemeinschaft, community, bezogene, chauvinistische Politik verstanden; Anmerkung des Übersetzers*), ehemals maoistischen Janatha Vimukthi Peramuna (JVP, Volksbefreiungsfront), der reaktionären und rassistischen Partei der buddhistischen Mönche, Jathika Hela Urumaya (JHU), der Kommuni-

stischen Partei und einiger anderer sogenannter linker Kräfte zum Präsidenten gewählt.

Diese Präsidentschaftswahl stellte einen Wendepunkt dar und sie spaltete das Land in zwei Lager, die Kriegsbefürworter und die Kriegsgegner. Rajapakses Wahlkampfleiter und Chef-Propagandist war eines der bedeutendsten Führungsmitglieder der JVP. Die beiden mischten gemeinsam eine explosive Mixtur für ihre Wahlkampagne. Ihre Wahlpropaganda basierte auf antiimperialistischen, globalisierungskritischen und antiamerikanischen Sprüchen, die mit einer Rhetorik gegen die LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) und die FriedensaktivistInnen verbunden wurden. Es gelang ihnen damit, viele ArbeiterInnen und arme Menschen in die Irre zu führen und sie zur Stimmabgabe für Mahinda Rajapakse zu bewegen.

Sie erhielten sogar die Unterstützung einer Mehrheit von Gewerkschaftsführern

des Landes. Im Norden des Landes entschied sich die LTTE dazu, keine einzige der Parteien zu unterstützen und hinderte die tamilische Bevölkerung an der Stimmabgabe. Das steigerte die Siegchancen Rajapakse massiv. Dennoch ging ein beträchtlicher Stimmanteil an Ranil Wickramasinghe, den Vorsitzenden der kapitalistischen UNP (United National Party), der mit einem Friedensprogramm antrat.

Chauvinismus

Bald nachdem Rajapakse zum Präsidenten wurde, besetzte er die Regierung mit buddhistischen Chauvinisten und Rassisten und mit seinen Familienangehörigen. Rajapakse, der anders als alle vorigen in der Hauptstadt Colombo beheimateten Präsidenten, aus dem tiefen Süden des Landes stammt, betrachtet sich selbst als „reinen“ singhalesischen Buddhisten. Seit der Unabhängigkeit gab es in Sri Lanka keine offen als „buddhistische“ Kapitalisten auftretende Regierung mehr.

Um den kommunistischen Gruppen JVP und JHU den Boden zu bereiten, hat der Präsident einfach alles getan. Beide traten schnell in Aktion und begannen damit, den Friedensprozess zu sabotieren. Die Karuna-Gruppe, eine Abspaltung der LTTE, die mit der Armee Sri Lankas kollaboriert, begann ebenfalls mit ruchlosen Operationen im Osten und Süden des Landes mit Unterstützung des Präsidenten. In Colombo kam es beinahe täglich zu Morden und mit Lösegeldforderungen einhergehenden Entführungen. Abgesehen vom politischen Flügel der LTTE, dem TNA (Tamil National Alliance), wurden diese Geschehnisse von niemandem im Parlament vorgebracht.

Die USP (United Socialist Party) ergriff

die Initiative, Aktivitäten dazu anzuführen. Das war ein sehr gefährliches Vorhaben und auch ein belastendes, was die notwendigen Ressourcen und Kräfte angeht, die dies verlangte. In Colombo luden TamilInnen die USP zu einem von ihnen gemeinsam mit anderen Oppositionsparteien abgehaltenen Treffen ein. Bei diesem über 500 TeilnehmerInnen zählenden Treffen wurde das Civil Monitoring Committee (CMC) gegründet und Siritunga Jayasuriya, Generalsekretär der USP, zu dessen Vorsitzendem ernannt. Seitdem stellt die USP eine kraftvolle Stimme gegen Morde und Entführungen dar. Die USP trug dazu bei, diese Thematik in die Massenmedien zu bringen. Eine breitere Öffentlichkeit wurde auf die unmittelbare Verwicklung der Regierung aufmerksam gemacht. In einer hitzigen Debatte unter vier Augen mit dem Präsidenten machte Siritunga Jayasuriya diesen auf den Kommunalismus der JVP aufmerksam und er brachte das Beispiel eines JVP-Mitglieds, das in einer Militärbasise im Norden des Landes eine rassistische Rede halten konnte. Ungläubig rief der Präsident daraufhin seinen Bruder, den Verteidigungsminister, hinzu, der alles Gesagte bestätigen musste! In einem solchen Ausmaß ist der Kommunalismus außer Kontrolle geraten.

Wiederaufnahme der Kriegshandlungen

Der Krieg stand schnell wieder auf der Tagesordnung. Wie im Wahn vollstreckte die Regierung ihre „Sicherheitsmaßnahmen“. Nach dem Attentatsversuch auf den Verteidigungsminister im November letzten Jahres wurde das berüchtigte „Gesetz zur Verhinderung des Terrorismus“ wieder hervorgeholt. Der Präsident konnte

diesmal jedoch nicht genügend Unterstützung für ein Verbot der LTTE gewinnen. In Colombo, der Hauptstadt Sri Lankas, sind nun alle 100 Meter Sicherheitsposten aufgestellt. Kontrollpunkte und bewaffnete Razzien machen das Leben der Menschen zunehmend zur Qual.

Infolge internationalen Drucks beabsichtigt der Präsident den status quo bezüglich der LTTE beizubehalten und eine neoliberale Politik voranzutreiben. Das führte zu Verstimmungen mit der JVP. Rajapakse kann sich auf keine parlamentarische Mehrheit verlassen und hängt daher vom Wohlwollen der JVP ab. Um dieses Problem zu lösen, nahm die Sri Lanka Freedom Party (SLFP) Rajapakses zum ersten Mal in ihrer Geschichte Gespräche mit der UNP auf. Obwohl die UNP hunderttausende Stimmen für ihr Friedensprogramm erhielt, ignoriert sie diese Frage vollkommen. Die pazifistische Maske der UNP wurde ihr schnell vom Gesicht gerissen. SLFP und UNP formulierten ein Verständigungserklärung.

Die jetzige Regierung beendete nicht nur alle von der Vorgängerregierung ergriffenen Friedensinitiativen, sondern versucht auch die Vereinbarungen des Rajiv-Jayawardene Pakts zunichte zu machen, der zwischen den ehemaligen Machthabern Indiens und Sri Lanka im Juli 1987 geschlossen wurde.

Aufgrund der von der JVP im Süden systematisch verschärften Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen wird die Situation weiter verschlimmert. Die JVP ruft ebenfalls zu einem Verbot der LTTE auf. In der EU, den USA und Indien ist die LTTE bereits verboten. Trotzdem besteht internationaler Druck auf Sri Lanka, die LTTE nicht zu verbieten, weil weitere

Friedensinitiativen mit den Tigern dadurch verkompliziert würden. Ein LTTE-Verbot hätte sowieso keinen nennenswerten Effekt, da ihre Operationen in den von der Regierung kontrollierten Gebieten bereits effektiv verhindert werden und für die von den Tigern kontrollierten Gebiete ein Verbot rein gar nichts bedeuten würde. Dennoch forciert die JVP das Verbot, um ethnische Spannungen heraufzubeschwören oder diese erst zu schaffen.

Die Regierung Sri Lankas glaubt, dass die LTTE militärisch zu besiegen ist. Seitdem der Friedensprozess 2002 begann, hat sie Millionen von Dollar für den Kauf militärischer Ausrüstung aus Pakistan und Israel ausgegeben. Kürzlich unterzeichnete die Regierung einen Waffenhandel mit Pakistan im Wert von 250 Millionen US-Dollar. Die veränderte internationale Haltung gegenüber sogenannten Terroristen und den nationalen Befreiungsbewegungen sowie die Billigung des einseitigen Angriffs Israels auf den Libanon durch die kapitalistischen Mächte im vergangenen Jahr gaben vielen ex-kolonialen Herrschern das Selbstvertrauen, solange mit ihrer brutalen Vorgehensweise durchzukommen, wie sie den Imperialismus unterstützen. Berichten zufolge richteten die EU, sämtliche sogenannten Spender-Länder und die USA Unterstützungserklärungen an die Regierung Sri Lankas.

Nicht die bevorzugte Lösung

Eine militärische Lösung ist für die genannten Staaten nicht die bevorzugte Möglichkeit zur Beruhigung der momentanen Situation, da sie für kapitalistische Investitionen ein relativ entspanntes Umfeld benötigen. Sie haben aber angekündigt, dass sie sich aus dem Konflikt her-

aushalten und es der Regierung Sri Lankas überlassen wollen, das Problem zu „lösen“. Sogar Norwegen, das in der Vergangenheit Friedensabkommen ausgehandelt hat, erklärte, dass man in der jetzigen Situation nicht eingreifen wolle. Die JVP führte wiederholt Propaganda gegen die Norweger (sie wurden als „Lachs fressende Wichtigtuer“ bezeichnet!). Der Präsident beschuldigte kürzlich einige NGOs, der LTTE beizustehen. In der Vergangenheit beschuldigte die ehemalige Präsidentin Sri Lankas und vormalige SLFP-Vorsitzende Chandrika Kumaratunge auch Norwegen dafür, die LTTE beim Aufbau eines Radiosenders unterstützt zu haben, welcher kurz nach Rajapakses Wahl dem Erdboden gleich gemacht wurde.

Das weltweit und besonders in den USA praktizierte harte Durchgreifen gegen Operationen der LTTE sowie die Unterstützung der Karuna-Gruppe für die Regierung Sri Lankas verhelfen dem jetzigen Präsidenten Rajapakse zu großem Selbstvertrauen. Trotz der ungeheuren Zuweisungen von über 40 Prozent des letzten Staatshaushalts an das Verteidigungsministerium steht für einen Krieg einfach kein Geld zur Verfügung. Sri Lanka wurde bereits als „gescheiterter“ Staat erklärt. Die Preise schießen in die Höhe. Die Inflation liegt bei über 21 Prozent, was womöglich die höchste der Welt ist. Und weiß sie nicht weiß, wie sie mit der Situation umgehen soll, flüchtet sich die Zentralbank Sri Lankas in den Druck von Papiergeld. Eine Maßnahme, die selbst von den konservativsten Ökonomen und Medien verhöhnt ist. Ausländische Investitionen gehen ebenfalls rapide zurück.

Die Regierung hat entschieden, Geld im Bildungsbudget, bei der Gesundheitsver-

sorgung und anderen öffentlichen Diensten zu streichen, was bereits heftige Auswirkungen auf arbeitende und arme Menschen hatte. Eine Absenkung der Lebensbedingungen zur Finanzierung von Kriegen führt naturgemäß zu großer Wut und Unzufriedenheit.

Es ist eine völlige Fehleinschätzung der Regierung, wenn sie meint, die LTTE militärisch schlagen zu können. Die LTTE verübte verheerende Angriffe auf die Armee Sri Lankas. Berichten zufolge ist sie im Besitz von mehr Waffen als die Hisbollah. Kürzlich kaperten die Tiger ein jordanisches Schiff, das auf dem Weg nach Südafrika war. Sie ergatterten 14.000 Tonnen Lebensmittel und jegliche Ausrüstung, die sie gebrauchen können. Das Schiff liegt vertaut an der von der LTTE kontrollierten Küste und die Armee Sri Lankas wagt es bisher nicht, sich ihm zu nähern!

Unbarmherzige Angriffe

Die Tiger sind sich des Karuna-Faktors in dem Konflikt durchaus bewusst und dieser könnte durchaus einen gewissen Effekt haben. Die LTTE ist noch nicht am Ende, wie die Regierung es Glauben machen will. LTTE-Chef Velupillai Prabhakaran erklärte in seiner Rede anlässlich des Tages des Märtyrers, dass seine Bewegung zu den Forderungen für Eelam (eigenständige tamilische Regierung) zurückkehren wird. Es wurde ebenfalls angedeutet, dass der Krieg nicht derselbe sein wird wie bisher. Sie kündigten an, dass es auch zu Bombenanschlägen im Süden des Landes kommen werde, wenn der Krieg im Norden intensiviert wird. Letztes Jahr bombardierte die Regierung eine Schule, wobei mehr als 60 unschuldige Menschen im Norden ums Leben kamen, und kürzlich

wurde im Süden ein Bus bombardiert. Sowohl die Regierung als auch die LTTE deuten an, dass sie darauf vorbereitet sind, gewissenlose Attacken gegen ZivilistInnen durchzuführen, was einen Versuch darstellt, ethnische Spannungen weiter zu verschärfen. Die Polarisierung entlang ethnischer „Grenzen“ hat einen historischen Höhepunkt erreicht. Das wird weitere Menschenleben kosten. Letztes Jahr wurden mehr als 3.500 Menschen getötet, was nahe an die Zahl der Toten in Afghanistan herankommt.

TamilInnen im Norden leben mittlerweile in einem offenen Gefängnis. Der Hungertod ist ein weiteres neues Merkmal dort, das durch die kriegslüsterne Regierung hervorgerufen wird. Mehr als eine halbe Million TamilInnen im Norden sind ausgehungert. Die Kosten für elementare Dinge sind dort so hoch wie nie zuvor. Eine kleine Packung Kindermilch kostet dort bereits mehr als fünf Mal soviel wie in Colombo. Ein Ei kostet ungefähr sechzig Rupien (ca. 0,34 Euro-Cent; Anm. d. Übers.). Eine Kokosnuss kostet 120 Rupien. Der Lebenshaltungsindex ist im Norden um 700 Prozent gestiegen.

Die Regierung weigert sich weiterhin, die Autobahn A9 wieder frei zu geben. Nur über diese Strecke sind Lebensmitteltransporte in den Norden des Landes möglich. Inzwischen stieg das Einkommen des Präsidenten um 300 Prozent. Die Bezüge der Minister stiegen um 200 Prozent und die der Abgeordneten um 150 Prozent. Noch schlimmer ist es, dass diese Erhöhungen rückwirkend auf die letzten zwei Jahre vorgenommen werden! Sämtliche politischen Parteien im Parlament, einschließlich der sogenannten linken JVP, stimmen für diese öbszönen Gehaltssteigerun-

gen. Hunger, militärische Besatzung und die Kriegsangst treiben die TamilInnen im Norden in den Ostteil des Landes und nach Indien. Ein Fünftel der Bevölkerung sind bereits vertrieben worden. Tausende Flüchtlinge strandeten im indischen Bundesstaat Tamil Nadu, wo die tamilische Bevölkerung 60 Millionen Menschen umfasst. Die Wut und Sympathie der TamilInnen in Indien eröffnet der herrschenden Klasse in Tamil Nadu neue Möglichkeiten, deren Repräsentanten in der indischen Zentralregierung Manmohan Singhs eine Schlüsselrolle spielen.

Verhalten der indischen Regierung

Indien sah sich nach den Militäroperationen der Regierung Sri Lankas im Norden selbst einer ähnlichen Situation gegenüber, was zur Gründung der „Indian Peace-Keeping Force“ (*indische Friedenstruppe; Anmerkung des Übersetzers*) in den 1980ern führte. Diesmal erklärte der indische Premierminister, dass man sich trotz des Drucks der aus Tamil Nadu stammenden Politiker einzugreifen, nicht auf diese Weise in den Konflikt einmischen wolle. Dennoch will Indien nicht, dass irgendein anderer Staat in Sri Lanka interveniert, da man die Vorherrschaft auf dem Subkontinent aufrechterhalten will. Das Land hat eine ambivalente Rolle inne. Während man versucht, starke wirtschaftliche Beziehungen zu Colombo aufzubauen, ist man über die möglicherweise wachsenden tamilischen nationalen Gefühle in Tamil Nadu beunruhigt.

Als Rajapakse zu Gesprächen nach Neu Delhi fuhr, lehnte es der indische Premierminister sichtbar ab, mit ihm fotografiert zu werden, um die herrschende Klasse im

südindischen Tamil Nadu nicht zu verstimmen. Die Gespräche wurden dennoch fortgesetzt und es kam nicht zu öffentlichen Meinungsverschiedenheiten.

Die kürzlich erfolgte Ankunft eines mit Lebensmitteln beladenen indischen Schiffs im Norden Sri Lankas bedeutet ein weiteres Signal an die herrschende Klasse Sri Lankas, dass Indien seine regionalen Interessen nicht aufgegeben hat. (Auch China traf mit Indien eine Vereinbarung über Wirtschaftspolitik und Sicherheitsfragen.)

Die MoslemInnen im Osten Sri Lankas sind die am meisten ausgebeuteten Menschen im Land. Alle führenden politischen Parteien ignorieren ihre Rechte. Der moslemische Kongress, der die Führung der MoslemInnen im Land für sich beansprucht, besuchte jüngst Pakistan, um Hilfe zu erbitten. Der größte Teil der militärischen Ausrüstung Sri Lankas stammt aus Pakistan. Das Land bildet auch die Armee Sri Lankas aus. Pakistans Präsident Musharraf versprach 400 Millionen US-Dollar an Hilfsleistungen und ist an der Wahrung seiner Interessen in Sri Lanka und der Region interessiert, auch als Gegengewicht zum indischen Imperialismus lebhaftes Interesse haben. Auch begriff Pakistan, dass die Einrichtung einer autonomen moslemischen Region im Osten Sri Lankas die explosive nationale Frage in Pakistan zuspitzen würde. Die Konsequenz daraus ist, dass das pakistanische Regime – wie im Falle Indiens – nicht im Interesse der armen Massen aktiv werden wird.

Ausblick für die Region

Wenn der Konflikt in Sri Lanka weiter außer Kontrolle gerät, wird dies eine hef-

tige Wirkung auf die gesamte Region haben. Aus offensichtlichen Gründen ist niemand in der herrschenden Klasse dazu in der Lage, das Selbstbestimmungsrecht der TamilInnen im Norden und der MoslemInnen im Osten zu verteidigen. Die momentane Regierung Sri Lankas zieht nicht einmal minimalste Autonomierechte für TamilInnen in Betracht.

Als Land ist Sri Lanka polarisierter denn je. Wir sollten die ethnischen Spaltungen, die während der langen Phase der ethnischen Spannungen geschaffen und zementiert wurden, nicht unterschätzen. Wir müssen davon ausgehen, dass dies aufgrund der momentanen Lage noch größere Ausmaße annehmen wird.

Innerhalb des kapitalistischen Rahmens wird es keinerlei Lösung dafür geben. Der einzige Weg zur Lösung des Problems liegt in der Vereinigung der Arbeiterklasse und unterdrückten Massen, um für eine sozialistische Transformation der Gesellschaft zu kämpfen; unter Bezug auf die besten Traditionen der alten LSSP, eine trotzkistische Massenpartei in Sri Lanka. Die USP kämpft für alle Rechte der unterdrückten Massen. Die USP ruft zu voller Selbstverwaltung und größerer Autonomie für den Norden und Osten auf, mit ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen für demokratische Rechte der MoslemInnen im Osten. Über alle Vorschläge zur nationalen Frage und über ein Programm zur sofortigen Lösung sozialer Probleme muss von den Massen auf tatsächlich demokratischer Basis entschieden werden. SozialistInnen müssen an der Spitze dieses Kampfes stehen.

Als einzige linke Kraft im Land, die für diese Position kämpft, sind die United Socialist Party und im Besonderen ihr

Generalsekretär Todesgefahren ausgesetzt. RednerInnen bei der Diskussion auf dem CWI-Weltkongress über Sri Lanka sprachen von der großen Wertschätzung, die den GenossInnen der USP in Sri Lanka entgegengebracht wird und begrüßten ihre mutige Arbeit.

Die internationale Protestkampagne gegen den erneuten Krieg der Regierung Sri Lankas und ihre Attacken auf demokratische Rechte sowie die Solidarität, die der USP und der Arbeiterbewegung in Sri Lanka entgegengebracht wurde, muss mit voller Kraft anhalten. ■

Neue Arbeiterparteien international und die Haltung von MarxistInnen

In einer lehrreichen Sitzung diskutierte der CWI-Kongress über neue linke Parteien und Arbeiterparteien, deren Perspektiven und die Haltung, die MarxistInnen und ArbeiterInnen gegenüber ihnen und ihrem jeweiligen Programm einnehmen sollten. Parteien und Organisationen, die dabei Beachtung fanden, waren die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), die Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL; Brasilien), das Komitee für eine andere Politik (CAP, Belgien), die Scottish Socialist Party sowie die neu gegründete Formation Solidarity, die Socialistische Partij (SP, Niederlande), die Partito della Rifondazione Comunista (PRC, Italien) und der Bloco de Esquerda (Linksblock) in Portugal.

von Per-Åke Westerlund

Kevin Simpson leitete die Diskussion ein und Tony Saunio vom Internationalen Sekretariat des CWI hielt das Schlusswort. 18 Delegierte und Gäste aus Lateinamerika, Afrika, Europa und den USA trugen ihre Ansichten zum Meinungsaustausch bei.

Das CWI, die ihm angeschlossenen Organisationen und Parteien machten seit den frühen 1990ern auf die dringliche Notwendigkeit zum Aufbau neuer Arbeiterparteien in vielen Ländern aufmerksam. Dieses Unterfangen stellt einen lebendigen Beitrag zur Stärkung und Reorganisation der internationalen Arbeiterklasse dar. Der Ansatz resultiert aus dem Rechtsruck, den die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien vollzogen haben, die seit den Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs traditionell in der Arbeiterklasse Unterstützung fanden. Seit den frühen 1990er Jahren erklärte das CWI, dass diese Parteien einem Prozess der Verbürgerlichung unterliegen. Damit meinten wir, dass diese Parteien einer derart tiefgreifenden Bewegung nach rechts unterliegen, dass ArbeiterInnen und junge Menschen sie nicht länger als „ihre Parteien“ betrachten.

Einer der Gründe für den Rechtsruck waren die Forderungen der Kapitalistenklasse nach Implementierung einer neoliberalen Politik und die Konsequenzen der kapitalistischen Globalisierung und deren Wirkung auf die Führungen der Arbeiterbe-

wegung. Zweifelsohne wurde diese Tendenz durch den Zusammenbruch der Sowjetunion verstärkt. Er ermöglichte es der internationalen Kapitalistenklasse, in einer ideologischen Offensive den „Sozialismus“ als offensichtlich gescheiterte Idee darzustellen, während der freie Markt gesiegt habe.

Als Regierungsmitglied übernahmen viele der früheren Arbeiterparteien den neoliberalen Ansatz, was zur vollkommenen Transformation zu Parteien führte, die von einem größer werdenden Teil der Arbeiterklasse gehasst werden.

Das hinterließ weltweit ein großes Vakuum bezüglich der politischen Repräsentanz der internationalen Arbeiterklasse. Aus diesem Grund riefen das CWI und die ihm angeschlossenen Organisationen zum Aufbau neuer Arbeiterparteien auf und führten dafür in einer zunehmenden Anzahl von Ländern Kampagnen. Das bedeutet keineswegs, dass die dem CWI angeschlossenen Organisationen und Parteien ein und dieselbe Taktik von unabhängiger Arbeit in allen Ländern anwendeten. Es kam immer auf die politische Situation im jeweiligen Land an und auf das Bewusstsein der jeweiligen nationalen Arbeiterklasse. In Indien arbeiteten unsere GenossInnen bis Ende der 1990er Jahre in den kommunistischen Parteien. Dies war der Fall aufgrund der Unterstützung, die den KP's von Teilen der indischen Arbeiterklasse entgegengebracht wurde. In Nigeria trugen die GenossInnen zur Gründung der NCP (National Conscience Party) bei und traten anschließend 1994 in diese ein. Es handelte sich hierbei zwar eher um eine radikale als um eine auf sozialistischen Ideen basierende neue Arbeiterpartei. Aber dennoch stellte

sie aufgrund des Fehlens einer neuen Arbeiterpartei eine wichtige Entwicklung dar, die von vielen ArbeiterInnen und jungen Menschen verfolgt wurde.

Zur selben Zeit, da sie ihren Beitrag zur Stärkung der Arbeiterbewegung leisteten und Kampagnen zum Aufbau neuer Arbeiterparteien führten, bemühten sich die Mitglieder des CWI darum, ArbeiterInnen und Jugendlichen für die Organisation bzw. Parteien des CWI zu gewinnen. Dies geschah, um die Kräfte für eine sozialistische Revolution aufzubauen.

Wegen der komplexeren internationalen Situation kam es über diese Herangehensweise zu weiteren Diskussionen. Das Ergebnis war eine wichtige Auseinandersetzung innerhalb des CWI in den 1990ern, die die Rolle und Notwendigkeit einer revolutionären Partei gegenüber jenen unterstrich, welche aufgrund des Drucks der heftigen Propaganda gegen den „Sozialismus“ an Abkürzungen auf dem Weg zum Sozialismus glaubten und die Verwässerung ihres politischen Programms und Profils betrieben.

Die in dieser Sitzung des Weltkongresses aufgeworfenen Punkte erklärten den Prozess, der zur Gründung und zum speziellen Charakter bestimmter Formationen führte. Ein Beispiel war das der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) in Deutschland. Diese Partei entwickelte sich seit ihrer Gründung im Jahre 2004 sehr schnell. Sie beweist, dass neue linke Parteien und Parteien der Arbeiterklasse als Ergebnis politisch-gesellschaftlicher Entwicklungen entstehen. Die Gründung der WASG folgte den schärfsten Klassenpolarisierung in der deutschen Gesellschaft seit über 50 Jahren. Hierbei handelte es sich um das Ergebnis der här-

testen je umgesetzten neoliberalen Programme einer zu jenem Zeitpunkt regierenden rot-grünen Regierung. Die Gründung der WASG stand im Zentrum der politischen Entwicklung in Deutschland – und die dortigen CWI-Mitglieder standen dabei in vorderster Reihe.

Polarisierung zwischen den Klassen

Wenn die Entwicklung dieser Parteien auch einer Radikalisierung der Gesellschaft geschuldet ist, so geschah dies am Anfang der Polarisierung zwischen den Klassen als Ergebnis der Regierungsbeziehung von sozialdemokratischen und ehemals linken Parteien. Diese verübten in ihrer neuen Funktion neoliberale Angriffe gegen die Arbeiterklasse. Sind zwischen diesen Parteien zwar Unterschiede festzustellen, so handelt es sich hierbei um den gemeinsamen Charakter von PSOL, WASG und dem Linksblock. Im Vergleich dazu wurde die PRC 1991 in einer weit aus turbulenteren Periode anhaltender Klassenkämpfe gegründet. Das schlug sich auch in ihrem erheblich radikaleren Programm, welches von einer sozialistischen Gesellschaft sprach, ihrer Massenmitgliedschaft von über 100.000 und in der Unterstützung durch die Jugend nieder. Die niederländische SP war und ist ebenfalls stabiler. Teilweise, weil sie schon wesentlich länger existiert und aufgrund ihres Parteiapparats, ihrer Ortsgruppen sowie der Hauptamtlichen, die für sie tätig sind. Obwohl sie in der Vergangenheit beeindruckende Wahlerfolge zu verzeichnen hatten, erreichten jüngere Parteien wie die SSP in Schottland und die WASG mit ihren maximal 2.500 bzw. 12.000 Mitgliedern im Gegensatz dazu keine Massenmitgliedschaft. Auch unter Jugendlichen

konnten sie keine bedeutende Unterstützung gewinnen.

Einer der weitere Vorgänge innerhalb dieser neuen Parteien war, dass ihre jeweilige Führung kurz vor oder nach ersten Wahlerfolgen die Tendenz entwickelte, das Programm zu verwässern. Im Wahlkampf der PSOL für Heloisa Helena in Brasilien vergangenes Jahr war dies beispielsweise der Fall. Dasselbe war zuvor bei der Führung der Scottish Socialist Party festzustellen. Die Rechtsentwicklung der Vorstände dieser Parteien ließ diese für ArbeiterInnen unattraktiver und weniger kontrollierbar erscheinen. Diese Entwicklung stellt auch das zukünftige Überleben dieser Parteien in Frage. Trotz eines dort nicht vorhandenen eindeutig sozialistischen Programms taten die CWI-/SAV-Mitglieder in Deutschland, genau das Richtige, als sie in die WASG eintraten, die in erster Linie von mittleren GewerkschaftsaktivistInnen und Funktionären gegründet wurde. Dieser Schritt wurde vollzogen, da eine Radikalisierung in der Gesellschaft bedeutete, dass Hunderttausende von ArbeiterInnen nach einer Alternative suchten. Die Beteiligung der SAV an der WASG ließ es zu, dass wichtige Schichten von ArbeiterInnen und Jugendlichen, welche die neue WASG beobachteten, in Kontakt mit den sozialistischen Ideen und Vorschlägen der SAV zum Aufbau einer neuen Partei kommen konnten. Für viele war es das erste Mal, dass sie die Möglichkeit bekamen, Ansätze und die Kampagnen-Strategie der SAV kennenzulernen.

RednerInnen auf dieser Sitzung griffen das Beispiel aus Deutschland auf, um zu zeigen, warum es wichtig ist, nicht auf das „perfekte“ Beispiel einer neuen Arbeiter-

partei zu warten, sondern bei Organisationen mitzuarbeiten, die sich entwickeln und die Unterstützung in der Arbeiterklasse genießen. Eine solche Unterstützung ist nicht garantiert und sie kann verspielt werden, wenn entscheidende Schritte in Richtung des Aufbaus einer kämpferischen Alternative gegenüber den etablierten Parteien nicht getan werden. Ein Beispiel dafür ist in Frankreich zu beobachten. Hier können wir die Folgen sehen, wenn Parteien wie Lutte Ouvrière (LO; Arbeiterkampf) und die Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR; Revolutionär-Kommunistischer Bund) Möglichkeiten zum Aufbau einer sozialistischen und revolutionären Arbeiterpartei auslassen, nachdem sie gleich bei zwei Gelegenheiten hervorragende Wahlergebnisse erzielt haben. Ein Merkmal der politischen Situation in Frankreich ist die Kluft zwischen scharfen Kämpfen, die dort stattfinden, und dem Fehlen irgendeiner neuen politischen Initiative. Die Anpassung der LCR an die sozialdemokratische Parti Socialiste (PS) ist dafür nur eine Erklärung. In England und Wales initiierte die dortige CWI-Sektion Socialist Party (SP) 2005 die Campaign for a New Workers' Party (CNWP; Kampagne für eine neue Arbeiterpartei). CNWP sammelte 2.500 Unterschriften – die meisten von Einzelpersonen mit gewerkschaftlicher Funktion. 400 TeilnehmerInnen kamen zur CNWP-Konferenz und die SP-Mitglieder gehen davon aus, dass es ein weitaus größeres Potential für diese Kampagne in der kommenden Phase gibt, da zunehmende Arbeitskämpfe zu erwarten sind und jegliche Illusionen in einen künftigen Labour-Vorsitzenden Brown zerschmettert werden. Einige ultralinke Gruppen kritisieren

das Programm der CNWP als zu begrenzt. Es handelt sich hierbei jedoch um eine Plattform, die Diskussionen mit breiteren Schichten von ArbeiterInnen und AktivistInnen erlaubt. Während die CWI-Mitglieder darin zwar für ein sozialistisches Programm eintreten, ist es nicht möglich am Beginn eines solchen Prozesses das Programm zu bestimmen, das eine neue Partei haben wird.

Die CWI-Mitglieder von Grupy na rzecz Partii Robotniczej (GPR; Bewegung für eine Arbeiterpartei) in Polen sind Teil der neuen Polska Partia Pracy (PPP; Partei der Arbeit), die ihre Basis in erster Linie unter den kämpferischsten Bergleuten hat. Das Programm der PPP stellt die Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit, einem höheren Mindestlohn, Verstaatlichung illegaler Weise privatisierter Betriebe, dem Recht auf Abtreibung und dem Ende der US-Besatzung im Irak auf. Bei den Kommunalwahlen vergangenen September erzielte die PPP um die ein Prozent im Landesdurchschnitt, obwohl nicht in allen Wahlbezirken KandidatInnen aufgestellt wurden. Die GPR-Mitglieder, die für die PPP kandidierten, erreichten 800 Stimmen.

Die Socialistische Partij in den Niederlanden erlangte 16,7 Prozent bei den jüngsten Parlamentswahlen (1,6 Millionen Stimmen). Diese Partei entstand aus einer maoistischen Organisation der 1960er Jahre, wird heute aber von ihrer Mitgliedschaft wie ihren WählerInnen als eine radikale, linke Partei angesehen. Ihre Führung rückte dennoch nach rechts und sie versuchte sogar, die Möglichkeit einer Regierungskoalition mit der niederländischen sozialdemokratischen Partij van de Arbeid (PvdA; Arbeitspartei) offen zu halten.

„Radikale“ Reden eines Oskar Lafontaine

Die Entwicklung der WASG wurde detailliert diskutiert. Bald nachdem sie gegründet wurde, erzielte sie 2005 bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 2,2 Prozent und gemeinsam mit der PDS bei den Bundestagswahlen 8,7 Prozent bzw. 54 Sitze. Dies ist das Ergebnis des in der Bundesrepublik bestehenden politischen Vakuums und eines ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, der in den Vorstand der WASG gewählt wurde. Auf dem CWI-Weltkongress machten RednerInnen darauf aufmerksam, wie Lafontaine im Vorfeld der Berliner Abgeordnetenhauswahlen ein radikales Vokabular mit dem Plan kombinierte, durch die Fusion mit der PDS, der in der ehemaligen stalinistischen DDR herrschenden Partei, eine „verantwortungsbewusste“ linke Partei zu bilden.

Die SAV spielte eine Schlüsselrolle dabei, in der WASG für antikapitalistischen Profils einzutreten. 2006 verhinderten SAV-Mitglieder diverse Versuche sie auszuschließen oder ihren Einfluss zu begrenzen. In den Auseinandersetzungen darüber wurde SAV-Mitglied Lucy Redler in Berlin zu einer landesweit bekannten Figur und wurde über dies als linke Führungsperson in Berlin angesehen. Die Diskussion über diesen Themenbereich umriss, dass die Fusion von WASG und PDS sehr wahrscheinlich stattfinden wird. Die Perspektive für die neue Partei bleibt offen, da die PDS-Führung weiterhin Kürzungsmaßnahmen auf kommunaler und regionaler Eben zulässt.

Auch die Perspektiven für die PRC wurden diskutiert. Diese ist nach den letzten

Wahlen in die neue Regierung Prodi eingetreten. Trotz erster Zugeständnisse war der erste Haushalt dieser Regierung gegen die Arbeiterklasse gerichtet und die Kapitalisten drängen auf weitere Attacken. Auf dem CWI-Weltkongress führten RednerInnen aus, dass die PRC die Koalitionsregierung immer noch verlassen könnte, wenn dies auch nicht wahrscheinlich sei. Auch Prodi könnte seinerseits die PRC aus der Regierung ausschließen. Für den Moment braucht er sie jedoch als linkes Feigenblatt. RednerInnen aus Italien umrissen die Wahrscheinlichkeit weiterer Abspaltungen von Gruppen und einzelner AktivistInnen von der PRC, sollte diese weiterhin in der Regierung bleiben.

Nach nicht einmal einem Jahr, seitdem dort über die Gründung einer politischen Alternative diskutiert wurde, hat die CAP in Belgien bereits eine 650 TeilnehmerInnen zählende Konferenz abgehalten. Eine Schlüsselrolle bei der Gründung der CAP kam dabei auch drei älteren ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten sowie Gewerkschaftsführern zu. Die CWI-Sektion in Belgien, die Linkse Socialistische Partij/Mouvement Pour Une Alternative Socialiste (LSP/MAS) spielte eine wichtige Rolle bei der Gründung der CAP – besonders hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen im Juni.

Die Scottish Socialist Party (SSP) wurde von ehemaligen CWI-Mitglieder geführt. Diese haben das CWI verlassen und sich politisch in Richtung reformistischer und nationalistischer Positionen entwickelt. Im November 2004 wurde Tommy Sheridan, bekanntestes Führungsmitglied der SSP, vom Rest des Parteivorstands ausgebootet. Als Tommy Sheridan die Boulevardzeitung News of the World verklagte, tra-

ten einige SSP-Vorstände als Zeugen für die Murdoch-Postille auf. Die International Socialists (Schwesterorganisation der SAV und Sektion des CWI in Schottland) machten sich letztes Jahr zusammen mit Sheridan an die Gründung von Solidarity - Scottish Socialist Movement (Solidarität - Schottische Sozialistische Bewegung), die bereits 700 Mitglieder hat. Die Gewerkschaften, die vormals der SSP angeschlossen waren, habe dieser nun den Rücken gekehrt. Die schottischen Parlamentswahlen in diesem Frühjahr werden für die weitere Entwicklung von Solidarity von äußerster Wichtigkeit sein.

Konzentration auf Wahlen

RednerInnen aus Brasilien skizzierten ihre Erfahrungen mit der rapiden Entwicklung von PSOL nach dem ersten Wahlerfolg Lulas als Kandidat der (PT; Arbeiterpartei). Anfänglich stellten AktivistInnen dort die Frage, ob der Zeitpunkt zur Gründung einer neuen Partei wie PSOL schon gekommen sei. Die Alternative, die PSOL dann allerdings darstellte, verringerte die Frustration, die durch Lulas bald nach seiner Amtseinführung zum Präsidenten umgesetzten neoliberalen Maßnahmen einsetzte. Noch vor den Präsidentschaftswahlen kam es zu einem Zustrom ehemaliger PT-Mitglieder und ganzer Gruppierungen in die PSOL, was die reformistischen und auf den Parlamentarismus gerichteten Tendenzen innerhalb der PSOL-Führung wiederum stärkte. Das Ergebnis war, dass der Parteitag der PSOL verschoben und der geschäftsführende Vorstand durch das Wahlkampfteam von Helena Heloisa ersetzt wurde (sie war die Präsidentschaftskandidatin der PSOL). Das Potential der PSOL wurde nicht ausge-

schöpft und die Unterstützung, die auf ihrem Höchststand bei 12 Prozent lag, ging wieder zurück. Der Block von PT-Abtrünnigen in der PSOL dominiert mittlerweile den Vorstand. Socialismo Revolucionario (Schwesterorganisation der SAV und Sektion des CWI in Brasilien) wird als Anknüpfungspunkt für all die AktivistInnen und Fraktionen innerhalb der PSOL fungieren, die für eine demokratische und kämpferische sozialistische Partei eintreten.

Der Linksblock in Portugal hat acht Abgeordnete. Als Gesamtpartei nimmt er aber an Streiks und Kämpfen der Arbeiterklasse, die sich in Portugal entwickeln, nicht teil. Die Parteiführung hat nicht die Perspektive, dass die Arbeiterklasse die Gesellschaft verändern kann.

Die National Conscience Party (NCP) in Nigeria wurde noch zur Zeit der Militärdiktatur 1994 gegründet. Ihr Gründer ist ein radikaler Rechtsanwalt mit einem Reformprogramm für freie Bildung, Gesundheitsversorgung etc. Die NCP hatte das Potential, Studierende und ArbeiterInnen anzusprechen, die ein Ende der Militärdiktatur wollten. Das Democratic Socialist Movement (DSM; Demokratische Sozialistische Bewegung) trat als Mitbegründer der NCP in Erscheinung. Als 1999 die zivile Herrschaft begann, übergab das Militär die Macht an drei Parteien, die eigens dafür gegründet wurden. Das DSM, die Schwesterorganisation der SAV und Sektion des CWI in Nigeria, begann mittels seiner Ortsgruppen und aktiven Mitgliedschaft die NCP aufzubauen. Trotz manipulierter Wahlen wurde ein DSM-Mitglied 2002 Dritter bei den Wahlen im Bundesstaat Lagos. Seit der ehemalige Vorsitzende der NCP die Partei verlassen

hat, versucht eine neue rechtere Parteiführung dem DSM den Zeitungsverkauf zu verbieten und schloss später sogar den DSM-Vorsitzenden Segun Sango zeitweise aus, der gleichzeitig Vorsitzender der NCP in Lagos war. Was letztlich auch Ergebnis dieser Auseinandersetzungen sein wird, das DSM ist für die bevorstehenden Wahlen und Arbeitskämpfe gut gerüstet. Diese Sitzung des CWI-Weltkongresses

erörterte die Möglichkeiten zukünftiger Entwicklungen neuer Parteien und Organisationen, auf die sich die Arbeiterklasse orientieren und an denen sie sich beteiligen wird. Die Redebeiträge zeigten, dass CWI-Mitglieder alles in ihrer Macht Stehende tun werden, um solche Formationen zu stärken - als Teil des Kampfes zur Verbreitung tatsächlich sozialistischer Ideen innerhalb der Arbeiterklasse. ■

CWI: Sozialismus ist international oder er ist nichts - über den Aufbau des CWI

Der Internationalismus ist zutiefst in der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung verankert. Angesichts der neoliberalen Globalisierung hat er an Aktualität nichts verloren - im Gegenteil. Wenn 500 weltweit agierende Großkonzerne heute 45% der Weltproduktion kontrollieren und Umweltprobleme sich im nationalen Konkurrenzkampf weiter verschärfen anstatt behoben zu werden, ist die Notwendigkeit eines weltweiten Widerstandes gegen den Kapitalismus dringender denn je.

von Bianca Suttner

Gemessen an dieser Aufgabe sind die Kräfte des CWI noch klein. Aber die Erfahrungen, die Milliarden von Menschen tagtäglich mit den Schrecken des Kapitalismus machen und in der kommenden Phase machen werden setzt eine sozialistische Alternative wieder auf die Tagesordnung. Mit großem Optimismus schätzten viele TeilnehmerInnen des 9. Weltkongresses des CWI die Perspektiven ein für

den Aufbau marxistischer Kräfte weltweit.

Einfluss ausgedehnt

In einigen Ländern haben wir eine Rolle in der Organisierung von Massenprotesten spielen können und/oder unseren Einfluss deutlich ausdehnen können. Das gilt zum Beispiel für Irland, wo wir den Streik der GAMA-Arbeiter mit angeführt haben. In Großbritannien konnten wir unseren Einfluss in den Gewerkschaften ausbauen und haben mittlerweile 24 GenossInnen mit Funktionen in nationalen Gewerkschaftsvorständen.

Die Zahl unserer kommunalen ParlamentarierInnen hat sich von 11 in drei Ländern im Jahr 2002 auf 35 in sieben Ländern (Australien, England, Deutschland, Irland, Pakistan, Sri Lanka und Schweden) erhöht.

In Belgien spielt die CWI-Sektion eine wichtige Rolle bei der „Kampagne für eine andere Politik“ (CAP) - dem ersten Ansatz zur Gründung einer neuen Arbeiterpartei in diesem Land.

In Pakistan spielte die Sozialistische Bewegung Pakistans eine wichtige Rolle in dem großen Streik der Telekommunikations-Arbeiter und die von ihr gestartete Kampagne für gewerkschaftliche Rechte (Trade Union Rights Campaign) ist sehr erfolgreich.

USA

Die Socialist Alternative, Schwesterpartei der SAV in den USA, hat sehr aktiv in die Anti-Kriegs-Bewegung gegen den Irak-Krieg eingegriffen. Im April 2006 konnten die jungen Mitglieder tausende von SchülerInnen in den Zwillingsstädten Minneapolis und St. Paul in einem Schülerstreik gegen den Krieg mobilisieren. Auch in der Migrantenbewegung ist Socialist Alternative aktiv und organisierte in Boston eine Mai-Demonstration mit 3.000 TeilnehmerInnen als Teil des landesweiten Aktionstages der MigrantInnen in den USA. So konnten auch mehr MigrantInnen aus Lateinamerika als Mitglieder gewonnen werden und regelmäßige Publikationen in Spanisch etabliert werden, zum Beispiel als fester Bestandteil der Zeitung „Justice“.

Internationale Solidarität

Aus mehreren Ländern wurde berichtet, wie wichtig die Unterstützung durch internationale Solidaritätsarbeit für die Arbeit vor Ort sein kann. So konnte die relativ kleine Gruppe des CWI in Zypern auch mit Hilfe internationaler Protest- und Solidaritätsbriefe die Abschiebung von rund 100 kurdischen ArbeiterInnen verhindern, von denen sich auch einige dem CWI angeschlossen haben. Auch der Vertreter der befreundeten Sozialistischen Partei Malaysia bedankte sich bei den Mitgliedern

des CWI für die Unterstützung während juristischer Auseinandersetzungen mit der malaysischen Regierung.

Sri Lanka

Angesichts der zugespitzten Situation in Sri Lanka wurde die hohe Bedeutung internationaler Solidarität gerade während und nach dem Weltkongress deutlich. In Sri Lanka konnte die Gruppe des CWI, die United Socialist Party (USP) in den letzten Jahren große Fortschritte erreichen. Als Drittplatzierter bei den Präsidentschaftswahlen Ende 2005 konnte der Genosse Siri einen Fernsehauftritt nutzen, um gegen die Politik des neuen Präsidenten Rajapakse in Stellung zu gehen, also gegen Ausbeutung, gegen das Anheizen des Bürgerkrieges und die Vertiefung der Spaltung zwischen TamilInnen, SingalesInnen und MuslimInnen.

Die GenossInnen konnten viele neue Mitglieder gewinnen und haben trotz schwieriger Bedingungen in 12 Distrikten an kommunalen Wahlen teilgenommen, dabei auch einen Sitz gewonnen. 1000 Zeitungen von jeder Ausgabe werden verkauft und die USP konnte Ortgruppen in allen Teilen des Landes etablieren. Das konsequente Eintreten der USP für das Selbstbestimmungsrecht der tamilischen und muslimischen Minderheiten in Sri Lanka, die sich weiter zuspitzende Situation in Sri Lanka und der hohe Bekanntheitsgrad Siris führen aber auch zu einer wachsenden Bedrohung, vor allem für Siri, wie die Berichte über den Überfall im Vorfeld einer Großkundgebung im Januar zeigen. Die GenossInnen sind hier dringend auf die Solidaritätsarbeit des CWI angewiesen, um ihre eigene Sicherheit erhöhen zu können und ihre erfolgreiche

Arbeit fortsetzen zu können.

Viele Sektionen der neokolonialen Welt aber auch in Russland oder Kasachstan sind mit schwierigen Bedingungen konfrontiert, zum Beispiel heftigen staatlichen Repressionen in Russland und Kasachstan oder extremen Lebensbedingungen und chaotischer Infrastruktur wie in Nigeria. Dudyora Horaata in Indien, eine sehr kleine Gruppe angesichts einer Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen, berichtete auch von den Schwierigkeiten, die sich in Indien durch die noch immer bedeutenden stalinistischen Parteien aber auch durch den Einfluss von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ergeben.

Lateinamerika

Ein weiteres Augenmerk des CWI lag auf der Entwicklung in Lateinamerika, die vielfach die besondere Notwendigkeit des Aufbaus revolutionärer Organisationen aufwirft. In Brasilien ist die Gruppe des CWI, Socialismo Revolucionario, aktiv am Aufbau der PSOL beteiligt, konnte ihre Mitgliederzahl verdoppeln und ist nicht mehr nur in Sao Paulo, sondern in vier weiteren Orten vertreten. Neben den Gruppen in Chile und Venezuela gibt es Ansätze für den Aufbau des CWI in Bolivien. So wurde auch eine besondere Unterstützung der lateinamerikanischen Gruppen durch das CWI beschlossen, unter anderem durch ein verstärktes Eingreifen der US-amerikanischen GenossInnen in Mexiko, Besuche in Venezuela und Bolivien und die Einrichtung einer speziellen CWI-Webseite in spanischer Sprache.

Europa/Jugend

In Westeuropa hat sich der „weiße Fleck“ Italien verfärbt, wo es seit wenigen Mo-

naten eine kleine Gruppe gibt und durch die Anfrage eines italienischen Verlages das Buch „Futura humanità/ Marxism in today's world“ herausgegeben wurde. Hier wird im März eine Veranstaltungsrundreise mit dem Autor Peter Taaffe vom Internationalen Sekretariat stattfinden. Außerdem war ein Mitglied aus dem Vorstand der PRC anwesend, der eine trotzkistische Strömung repräsentiert, mit der die Internationale Diskussionen begonnen hat.

Eine schnell wachsende Mitgliederzahl haben in den letzten Jahren vor allem die LSP/MAS in Belgien und Xekinima in Griechenland. Dort konnte vor dem Hintergrund von Massenbewegungen mit der Konzentration auf Jugendarbeit eine Reihe neuer, junger Leute für das CWI gewonnen werden.

Aufbau neuer Arbeiterparteien

Die Ansätze zur Entwicklung neuer Arbeiterparteien, wie der WASG in Deutschland, der PSOL in Brasilien oder der CAP in Belgien, stellen uns vor neue Herausforderungen. Das „ABC des Marxismus“ dabei im Rucksack zu haben ist dafür von unschätzbarem Wert. Die Erfahrungen, die die SAV in Deutschland durch ihre Mitarbeit in der WASG in den letzten Jahren machen konnte haben gezeigt, dass MarxistInnen auch mit vergleichsweise kleinen Kräften einen Einfluss auf die Entwicklung neuer Formationen haben können. Dies hat die Diskussion um die Frage von Regierungsbeteiligungen linker Parteien und das konsequente Einsetzen für eine Kandidatur der WASG Berlin gezeigt. Aber auch der Bekanntheitsgrad den die SAV, Lucy Redler und „der Trotzkismus“ im vergangenen Jahre erreichen

konnte ist ein Erfolg von neuer Qualität für die SAV und eine inspirierende Erfahrung für die internationalen Mitglieder des CWI.

Die Vorteile durch Solidarität und Erfahrungsaustausch durch eine internationale Organisation aber auch die Notwendigkeit des internationalen Widerstandes gegen den globalen Kapitalismus erleben wir nicht nur auf Kongressen oder durch Be-

richte. Auch vor Ort, zum Beispiel beim Wahlkampf der WASG in Berlin und der anstehenden Unterstützung des irischen Wahlkampfes im April/Mai 2007 in Dublin. Aber auch beim G8-Gipfel, bei dem wir mit internationalem Material und internationalen GenossInnen Anfang Juni in Rostock und Heiligendamm eingreifen werden. Stop G8 – for a socialist world! ■